

August Pradetto

Die Ukraine, Russland und der Westen: Die Inszenierung einer Krise als geopolitischen Konflikt¹

1 Einleitung

Seit der Nichtunterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kiew Ende November 2013 durch den ukrainischen Präsidenten Janukowytsch haben sich die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland rapide verschlechtert. Angesichts der bei allen bestehenden Differenzen und politischen Konjunkturen insgesamt doch engen und kontinuierlichen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Kooperation beider Seiten seit dem Ende des Kalten Krieges – also seit 25 Jahren – kam diese Entwicklung überraschend. Auf westlicher Seite wird als Erklärung hierfür vielfach die Absicht der russischen Führung unter Präsident Putin angeführt, Russland als Quasi-Sowjetunion restaurieren und wieder eine Großmachtrolle einnehmen zu wollen. Als Beispiel wird etwa das Agieren in den abtrünnigen und nach dem Krieg mit Georgien 2008 von Moskau anerkannten Provinzen Südossetien und Abchasien, vor allem in der Ukraine mit der Abtrennung der Krim und der Unterstützung und Anstachelung separatistischer Kräfte im Osten und Südosten des Landes sowie das militärische Engagement in Syrien ab Herbst 2015 angeführt. Von russischer Seite wird dagegen behauptet, der Westen betreibe bereits seit 15 Jahren eine zunehmend expansive Politik, missachte russische Interessen und wolle Russlands legitimen Platz in den internationalen Beziehungen marginalisieren. Als Indizien werden vor allem die NATO-Osterweiterung bis an russische Grenzen, die Unterstützung „farbiger Revolutionen“ mit dem Ziel von Regimewechsel in ehemaligen Republiken der Sowjetunion und in Russland selbst sowie die Interventionen von Serbien über Nordafrika bis in den Nahen und Mittleren Osten genannt.

Im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise 2014 und den damit verbundenen Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und Russland wurde darüber hinaus in Politik und Öffentlichkeit ein Vergleich zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bemüht und die Frage gestellt, ob ein neuer Kalter Krieg drohe. Tatsächlich erinnern aktuelle wechselseitige Anschuldigungen, Abgrenzungen, Sanktionen, militärische Drohgebärden und Interventionen an den Streit um Einflussphären, der bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausbrach. Damals fand diese Entwicklung ihren Höhepunkt in den Jahren 1948 bis 1950: Berlin-Krise, Gründung von NATO auf westlicher sowie Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und militärische Beistandsabkommen auf östlicher Seite, Etablierung von zwei sich feindlich gegenüberstehenden Staaten – Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik – auf deutschem Boden, Ausbruch des Korea-Kriegs sowie diverse andere politische Entscheidungen, die die Bildung gegnerischer Blocksysteme markierten.

Schon diese Grobskizzierung des beabsichtigten Vergleichs macht indes die Grenzen einer komparativen Betrachtung deutlich. Eine Aufteilung Europas und der Welt in zwei Allianzen wie nach 1945 ist in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges nicht zu erkennen und auf absehbare Zeit auch nicht zu erwarten. Die Blockbildung nach 1945 folgte den in Europa und der Welt militärisch gezogenen Grenzen, deren Wächter die USA und die Sowjetunion waren. Es dauerte nicht einmal fünf Jahre, und die jeweiligen Einflussgebiete waren von einer weitgehenden Hegemonie der Supermächte geprägt. Der Westblock reichte von Alaska, Kanada, die USA über den Atlantik bis Westberlin, der Ostblock von Ost-Berlin über Polen, die Sowjetunion, das nach dem Bürgerkrieg

¹ Teilweise basiert der vorliegende Text auf Pradetto 2014a.

weitgehend kommunistische China und die (1948 gegründete) Volksrepublik Korea bis zu den Kurilen im Nordosten Japans.

Die Lage 25 Jahre nach dem Zusammenbruch dieser Weltordnung, die in ihren Grundzügen bis 1989 Bestand hatte, sieht ganz anders aus. „Der Westen“ dehnt sich aus und füllt (in „neorealistischen“ Kategorien gedacht) größere Teile des „Vakuums“, das der Kollaps der alten Ordnung hinterlassen hat. Die bedeutsamsten Organisationsstrukturen des Westens, die NATO und die Europäische Union, haben heute mehr als doppelt so viele Mitglieder wie vor diesen Umbrüchen. Teilweise ist diese Expansion (vor allem in außereuropäischen Gebieten) bereits mit Überdehnungen verbunden, die zu Erosions-, Zentrifugal- und Krisenprozessen führen. Der Westen ist militärisch so überlegen, dass er „wars of choice“ wie in Serbien/Kosovo, Afghanistan, Irak oder Libyen führen kann, ohne dass er ernsthaft Sanktionen zu gewärtigen hätte. Der „Sieg im Kalten Krieg“ und das Ende der Sowjetunion wurden als „Ende der Geschichte“ im Sinne einer unbestreitbaren Überlegenheit des marktwirtschaftlich-demokratischen Systems mit globaler Gültigkeit interpretiert², die die Umsetzung seiner historischen Mission – die weltweite Implementierung marktwirtschaftlicher und demokratischer Verhältnisse – zur unmittelbaren Aufgabe mache. Woraus wiederum die Strategie maßgeblicher westlicher Länder, allen voran der USA, resultierte, ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Strukturen bis weit hinein nach Osteuropa sowie global auszubauen.

Moskau dagegen hat seinen Weltmachtstatus verloren, auch mit Blick auf Möglichkeiten, zum neuen Zentrum des Raums östlich von NATO und EU zu werden. Dazu reichen weder die ökonomischen noch die militärischen, politischen und kulturellen Ressourcen. Neue Mächte sind im Aufstieg begriffen, und Russland ist global gesehen einer unter anderen „aufstrebenden Schwellenländern“, wie die BRICS-Staaten³ charakterisiert werden.

Gerade aufgrund dieser Unterschiedlichkeit kann schon vorab ein Resümee gezogen werden: Eine Neuauflage des Kalten Krieges mit ähnlichen Konsequenzen wie sie 1948 bis 1950 auf dem Höhepunkt der „Bipolarisierung“ und in den Jahrzehnten danach zu beobachten waren, wird es, wie immer auch die Ukraine-Krise sich entwickelt und ausgeht, nicht geben. Dies hindert freilich nicht, jene Mentalitäten und Verhaltensmuster, Abgrenzungsprozesse, Exklusionen, Feinbildproduktionen, Negativprojektionen etc. zu charakterisieren und zu qualifizieren, die als Parallelen zwischen der Zeit nach 1945 und nach 1991 erkennbar sind. Derartige Phänomene sind in den internationalen Beziehungen vielfach zu beobachten. In der europäischen Geschichte haben sich indes Besonderheiten im Verhältnis zwischen dem Westen und Russland herausgebildet, die sie von anderen Prozessen dieser Art unterscheiden.

Eine grundlegende These der hier vorliegenden Analyse besteht darin, dass die aktuelle

² Auch wenn der Urheber dieser These, der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama (vergl. Fukuyama 1992), in der Community heftiger Kritik ausgesetzt war, spiegelt seine Grundidee in hohem Maße die Befindlichkeit „des Westens“, seinen „Gestaltungswillen“ und seinen „Weltordnungsgedanken“ wider.

³ Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika. – Im Juli 2014 wurde die New Development Bank gegründet, eine multilaterale Entwicklungsbank, die von den BRICS-Staaten als eine Alternative zu den bereits existierenden Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds gedacht ist (vergl. Lewis/ Trevisani 2014; Desai/ Vreeland 17.07.2014). Auch dieser Schritt ist ein Indiz für die eklatante Einflussdifferenz zwischen der UdSSR und Russland. Die Sowjetunion hatte 1949 mit dem RGW und seinen Unterorganisationen ein formal dem westlichen Weltwährungssystem ähnliches internationales Gefüge geschaffen, das sie dominierte. Im 2014 etablierten System der BRICS-Staaten kann von einer dominierenden Rolle Moskaus nicht gesprochen werden. – Zur Rolle Russlands im Rahmen von BRICS bzw. in der post-bipolaren Ordnung vergl. Schmucker/ Mildner 2012, S. 66-71; MacFarlane 2006, S. 41-57; Staack 2013, S. 9-49.

Eskalation auf eine seit langem bestehende Auseinandersetzung um die ideologische, systemische und strategische Hegemonie in Europa zurückzuführen ist. Vor allem seit 1917 – seit der kommunistischen Revolution in Russland – sind in dieser Auseinandersetzung spezifische Verhaltensmuster sichtbar, die es erlauben, von einer besonderen Beziehungskultur (im Sinne einer politischen Kultur) zwischen dem Westen und Russland zu sprechen. Die Rahmenbedingungen für diese westlich-russischen Beziehungen haben sich freilich im Laufe der Zeit massiv verändert. Der Westen steht seit 1991 nicht mehr wie 1945 einer Supermacht gegenüber, die halb Europa okkupiert hatte und sich anschickte, eine aggressive Strategie in der Außenpolitik zu verfolgen, die auf den Auf- und Ausbau entsprechender organisatorischer internationaler Strukturen und die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung „revolutionärer“ Kräfte in unterschiedlichsten Regionen der Welt zielte.

Dazu hat Russland heute mit einer im Vergleich zur Sowjetunion halbierten Population (zusätzlich geschmälert durch einen *financial*, vor allem aber *brain drain*), seiner fehlenden Wirtschaftskraft (das Bruttoinlandsprodukt entspricht gerade einmal der Hälfte des deutschen BIP), dem Verlust seines Vorbildcharakters als gesellschafts- und entwicklungspolitisches Modell, dem China, Indien oder die asiatischen „Tigerstaaten“ längst den Rang abgelaufen haben, und einem Militär, dem nicht einmal ein Zehntel dessen zur Verfügung steht, was allein die USA für Rüstung ausgeben, keine Chance. Russland verfügt zwar weiterhin über ein erhebliches Atomwaffenarsenal und beeindruckende (wenn auch großteils veraltete) konventionelle Streitkräfte, die in einigen Bereichen vor allem in der ersten Hälfte der 2010er Jahre modernisiert wurden. Eine Machtprojektion in globaler Dimension lässt sich daraus nicht folgern. Die Ressourcen reichen höchstens, um einen Machtpoker wie in Georgien um Südossetien und Abchasien⁴, in Moldawien mit Transnistrien, in der Ukraine um die Krim und einige Gebiete im Osten des Landes sowie über staatlich gesteuerte Konzerne im Energiesektor und in der Gestaltung der Nachschubwege für Energieversorgung auszutragen – allerdings ebenfalls beschränkt, weil Moskau selbst vom Erlös abhängiger ist als die meisten Kunden⁵. Nicht einmal die Integration der früheren baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, mit ihren z.T. hohen Anteilen an russisch-sprachiger Bevölkerung, in NATO und EU konnte verhindert werden, ebenso wenig wie der Aufbau eines westlichen Raketenabwehrschirms, der bei Bedarf selbstredend auch eine Abwehrfunktion gegen eine mögliche „russische Bedrohung“ darstellt.

An diesem Befund ändert auch der Sachverhalt nichts, dass Moskau seit dem militärischen „Erfolg“ in der Ukraine wieder neues Selbstbewusstsein als international handlungsfähige Militärmacht zu demonstrieren versucht und ab Ende September 2015 russische Kampfflotten zur Unterstützung des syrischen Regimes den Islamischen Staat und andere islamistische Rebellengruppen bombardierten. Dass Moskau als Militärmacht und möglicher Bündnispartner auf internationaler Ebene im Jahre 2016 besser dasteht als zuvor, hat indes vor allem mit desaströsen Fehlentscheidungen in der Außenpolitik westlicher Länder wie in Afghanistan, Irak und Libyen, einer zerstörerischen und radikalisierenden Dynamik im Zusammenhang mit den Aufständen in der arabischen Welt ab 2010 und einem massiven Vertrauensverlust in den Westen zu tun. Diese Erosion westlichen Einflusses hat dazu geführt, dass sogar die irakische Führung - gegen den Willen Washingtons - auch in Sicherheitsfragen stärker mit Iran und Russland kooperiert,

⁴ Allerdings ist der rechtliche und politische Hintergrund dort ein anderer als bezüglich der Krim. Vergl. Mutz 2014.

⁵ Vergl. Gotz, Roland (2014): Zwischen Angst und Größenwahn. Gas und Öl als politische Druckmittel. In: Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Osteuropa, Heft 5-6/ Mai-Juni 2014, S. 277-292; Wipperfürth, Christian (2009): Die europäisch-russischen Energiebeziehungen. In: Einsichten und Perspektiven, Nr. 4/2009, S. 59-79.

um ihr Überleben zu gewährleisten⁶.

Man kann also in Bezug auf das mögliche Ergebnis der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und Russland höchstens von der Miniaturausgabe eines Kalten Krieges unter ganz anderen Vorzeichen sprechen⁷, wird der Kalte Krieg, wie er sich ab 1945/46 entwickelt hat, zum Maßstab genommen. Dass die Frage nach einem neuen Kalten Krieg in dieser massiven Form erst fast ein Vierteljahrhundert nach den historischen Umbrüchen Ende der 1980er Jahre gestellt wird, ist ebenfalls bezeichnend – nicht so sehr für Wiederbelebungsversuche einer neuen Sowjetunion oder eines neuen russischen Imperiums, sondern erstens für den beschränkten Radius sowjetischer Einflusssphärenpolitik. Sonst wären geopolitische Reaktionen auf die westliche Expansion schon viel früher erfolgt. Der Bezug auf den Kalten Krieg im gegenwärtigen westlichen Diskurs, der Russland als Fortsetzung der früheren Sowjetunion suggeriert, erscheint vor diesem Hintergrund als Element einer gegen die „neuen Feinde“ des Westens gerichteten Auseinandersetzung um Weltordnungspolitik⁸.

Dieser Diskurs weist diverse Kalte-Kriegs-Parallelen auf. Was nach 1946 für die „Falken“ in den westlichen Außenministerien und *Think Tanks* „kommunistische Sympathisanten“ waren, wenn diese auf den Anteil des Westens bei der Erosion von Kooperation zwischen den Supermächten und der Eskalation von Konflikten hinwiesen, sind für diejenigen, die heute ein „entschlossenes Vorgehen“ gegen Moskau fordern, „Putinverstehler“ und „Russlandverteidiger“. Auch die Verteilung inhaltlicher Positionen unter den „Ostexperten“ ist ähnlich. In den ersten Jahren des Kalten Krieges konnten die „Traditionalisten“ eine fast vollständige Diskurshegemonie in ihrer Negativbeurteilung sowjetischer und der Nichtinfragestellung westlicher Politik erringen. Erst ab den 1960er Jahren wurde dieser Zustand von den „Revisionisten“ in Frage gestellt. In der Auseinandersetzung um die Ukraine 2014 war die Debatte ebenfalls von erstaunlicher Einseitigkeit geprägt⁹.

In der deutschen wie in der angelsächsischen „Ostwissenschaft“ hatte es in den 1950er Jahren noch einen weiteren, mit der skizzierten Auseinandersetzung zwischen „Traditionalisten“ und „Revisionisten“ zusammenhängenden Disput gegeben: die Frage von *Determiniertheit vs. Kontingenz*. Die „Traditionalisten“ vertraten die Auffassung, jeder einzelne Schritt der Machtübernahme in Osteuropa, der Transformation der dortigen Länder zuerst in „Volksdemokratien“ und dann in kommunistische Systeme, sei von Stalin langfristig strategisch angelegt und operativ durchgeplant gewesen. Die „Revisionisten“ verwiesen dem gegenüber auf die Dynamik von Entscheidungen und Maßnahmen, die von der einen wie von der anderen Seite ausgingen, auf die Reaktivität von Politik auf beiden Seiten, auf den interaktiven Charakter der Prozesse, die sich zum Kalten Krieg aufschaukelten sowie auf die Bedeutung von Perzeptionen, Fehlperzeptionen und Wahrnehmungsmustern. Keineswegs nur Stalin, sondern auch die USA wären nach dem Tode Franklin Roosevelts unter Harry Truman extrem realistisch-machtpolitischen Denkschablonen gefolgt und hätten eine expansive, von Exklusions- und Dämonisierungsmustern begleitete Politik verfolgt. Viele Ereignisse und Entwicklungen seien in einem kontingenten, interaktiven Eskalationsprozess

⁶ Vergl. etwa Schattenblick: NAHOST/1421: USA und Rußland in Syrien auf Kollisionskurs (SB), 26. Oktober 2015.

⁷ Heinz Gärtner sprach von einer möglichen „Karikatur des Kalten Krieges“. Salzburger Nachrichten, 7.5.2014.

⁸ Andere Beispiele sind der Vergleich der serbischen Politik im Kosovo 1999 mit Auschwitz oder die Präsentation Saddam Hussein als „Hitler des 21. Jahrhunderts“ 2002/03.

⁹ Vergl. Mutz 2014.

entstanden¹⁰.

Auch diesbezüglich ist eine Ähnlichkeit mit der Debatte in der Ukraine-Krise evident. Innerhalb weniger Monate verfestigte sich bei einem relevanten Teil derer, die sich mit der Moskauer Politik beschäftigten, die Auffassung, Putin setze einen Plan zur Restauration einer Quasi-Sowjetunion und einer russisch dominierten Einflussosphäre um¹¹. Die Annexion der Krim und die nachfolgenden Entwicklungen im Süden und Osten der Ukraine würden einer lang angelegten Strategie folgen – ungeachtet der Tatsache, dass Putin, die russische Außenpolitik und die Kooperationsperspektiven des Westens mit Russland wenige Monate zuvor noch viel positiver bewertet worden waren. Wie indes im Weiteren zu zeigen sein wird, war die Moskauer Ukraine-Politik und die Entwicklung des Verhältnisses zum Westen in einem hohen Maße von Interaktion und Kontingenz bestimmt. Stimmen, die diese Auffassung vertraten, waren in der Debatte eher unterrepräsentiert.

Bei der Beantwortung der Frage, warum Beobachter und Analysten, denen *grosso modo* die gleichen Fakten vorliegen, zu so unterschiedlichen Ergebnissen kommen, ist ebenfalls ein Rückblick auf die dargestellte Debatte in der „Ostwissenschaft“ zu Zeiten des Kalten Kriegs hilfreich. Die „Traditionalisten“ blendeten eine kritische Bewertung der „eigenen“, westlichen Seite einfach aus; die Vernünftigkeit, Richtigkeit und Rechtmäßigkeit dieser Politik wurde schlicht vorausgesetzt. Solcherart erschienen die Entscheidungen des „Gegners“ nicht nur als aggressive Akte, gegen die man sich zu wehren hatte und auf die man reaktiv und defensiv Antworten suchte, sondern auch als eine Abfolge von Maßnahmen, die einem bösen, ausgeklügelten Plan folgten. Dem gegenüber verteidigte der Westen – damals wie heute – Freiheit und Demokratie gegen den Despotismus und Expansionismus Moskaus. In dieser Weltsicht resultiert alles, was der Gegner unternimmt – auch Dialogangebote, Zugeständnisse oder Rückzüge –, aus einer perfiden Strategie des Machterhalts oder der Machterweiterung. Die Interpretation von Quellen und Dokumenten, die Auswahl von Zitaten etc. erfolgen durch diese Schablone.

Ein Charakteristikum des damit verbundenen Prozesses ist seine Reziprozität und wechselseitige Konfirmation bei den politischen Akteuren: Beide Seiten folgen immer überzeugter dieser Sichtweise und sehen sich in zunehmendem Maße durch Denken, Handeln und Darstellung des Gegenübers als Feind in ihrer Auffassung bestätigt. Die Dynamik der Eskalation in den Kalten Krieg nach 1945 resultierte daraus, dass beide Seiten dieser Logik folgten und sich wechselseitig in ein immer stärkeres Sicherheitsdilemma manövrierten.

Dass von Seiten Moskaus in der Ukraine vor allem seit dem Sturz von Präsident Janukowytsch in der zweiten Februarhälfte 2014 eine Aggression stattfindet, die auf geopolitischen Vorstellungen legitimer Einflusszonen basiert, ist unzweifelhaft. Dass gegen eine solche, die Souveränität Anderer missachtende und verletzende Politik Maßnahmen zu treffen sind, die die mögliche Fortsetzung einer solchen Strategie konterkarieren, ist ebenfalls evident. Insofern liegen die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland in der Logik des Eskalationsprozesses.

Zieht man indes nicht nur den Zeitpunkt der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Intervention in der Ostukraine durch Moskau und russische Nationalisten ab April 2014 (oder selektiv das Vorgehen gegen georgische Militäreinrichtungen im August 2008) in Betracht, sondern den historischen Kontext, wird deutlich, dass die Ukraine-Politik Moskaus wurde nicht nur durch Sowjetnostalgie, Phantomschmerzen einer untergegangenen Weltmacht und neo-imperialen Vorstellungen über legitime russische

¹⁰ Vergl. Schröder 1976, S. 488-506; Ulam 1973; Gaddis 2007; Loth 2000; Macdonald 1995, S. 152-188; Antoniu 2001, S. 33-46.

¹¹ Vergl. z.B. die „Münsteraner Erklärung“ von Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde vom April 2014.

Einflussphären sowie dem Versuch determiniert wurde, durch eine nationalistische Mobilisierung und die Ableitung nach außen von internen Schwierigkeiten abzulenken. Diese Bedingungsfaktoren eines außenpolitischen Rollenverständnisses und Verhaltens sind nicht zu trennen von jenen Einflüssen und Entwicklungen im internationalen Umfeld, die vielen, von beiden Seiten betonten Intentionen einer gedeihlichen Kooperation und Bekundungen zu einer „gemeinsamen Sicherheit“ zuwiderliefen. Der westliche Anteil an der Transformation politischer in moralische und Identitätsfragen sowie an der Geopolitisierung der ökonomischen, politischen und Sicherheitsbeziehungen in Europa und darüber hinaus wurde in der westlichen Berichterstattung über die Ukraine-Krise und in der Analyse der westlich-russischen Beziehungen vielfach ausgeblendet. Das ist der Grund, warum anschließend insbesondere diese Seite der Beziehungserosion beleuchtet wird.

Theoretisch-konzeptionell wird davon ausgegangen, dass geopolitische Muster und Identitätskategorien im Sinne eines Verständnisses der Rolle, die das eigene Land in den internationalen Beziehungen spielt bzw. spielen soll, nicht zu trennen sind. Die Dynamik dieses Zusammenspiels zu verdeutlichen, ist dezidierte Absicht nachfolgender Überlegungen. In einem ersten Schritt werden einige Determinanten des westlich-russischen Beziehungssystems benannt, wie sie sich in der neueren Geschichte herausgebildet haben. Der danach folgende Abschnitt widmet sich vor diesem Hintergrund der Entwicklung der westlich-russischen Beziehungen in der Ukraine-Krise ab dem Sommer 2013, und zwar vor allem unter dem Aspekt geopolitisch-identitärer Dynamik. Im letzten Abschnitt wird neben einer Zusammenführung vorangehender Überlegungen auch die Frage nach alternativen politischen Strategien aufgeworfen.

2 Determinanten des westlich-russischen Beziehungssystems

Im Verlauf der vergangenen drei Jahrhunderte haben sich alles andere als einheitliche, gleichwohl in ihrer Diversität durchgängige und sich wiederholende Muster in der Gestaltung der Beziehungen herausgebildet, die erlauben, von einer politischen westlich-russischen Beziehungskultur zu sprechen.¹² Mit Blick auf die Ukraine-Krise und ihre Folgen für das westlich-russische Verhältnis wird hier auf einige wenige Faktoren rekurriert, die für die Auseinandersetzung mit der Problematik besonders relevant erscheinen.

Die Denkweisen und Verhaltensmuster, die die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland charakterisieren, sind heterogen und widersprüchlich. Russland wurde in den vergangenen Jahrhunderten meist als *europäischer*, aber aufgrund seiner ungeheuren Ausdehnung zwischen Europa und Alaska auch als asiatischer oder eurasischer und als regionaler und globaler Machtfaktor betrachtet. Vor allem nach dem Wiener Kongress 1815 wurde Russland als konkurrierende Größe im europäischen Konzert und gleichzeitig als europäische Ordnungsmacht gesehen. Eine systemische Abgrenzung zwischen Europa bzw. dem Westen und Russland kam mit der forcierten ökonomischen Entwicklung in England und Kontinentaleuropa im 19. Jahrhundert. Karl Marx (und in seinem Gefolge andere) sprachen eher soziologisch, wirtschaftshistorisch oder ideologisch denn geopolitisch motiviert in idealtypischer Gegenüberstellung von Modernitätsentwicklungen von „asiatischer Produktionsweise“ und „asiatischer Despotie“, die Russland (und andere Gebiete im Osten) charakterisierten.¹³

¹² Vergl. dazu Kleinsteuber 1992, S. 50-53; Frei 1985; Frei 1989, S. 222-226; Boulding 1969, S. 22-35; Jervis 1978; Weller 1993, S. 249-291; Mark 2012; Nicklas 1985, S. 99-109; Neumann 1998, S. 17-44; Neumann/ Pouliot 2011, S. 105-137; Stent 2007, S. 393-442. – Schon aus Platzgründen wird nachfolgend – von Ausnahmen abgesehen – auf Nachweise und Literaturhinweise im Einzelnen verzichtet.

¹³ Vergl. Marx 1983; Wittfogel 1962; Köbler 2001, S. 259-279.

Andererseits hatten schon die russischen Zaren auf den Import westlicher Produktivkräfte (Bauern, Handwerker, Maschinen) gesetzt, um ihr Land zu modernisieren. Und auch in Russland setzte gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine kapitalistische Entwicklung ein, die ein (vergleichsweise) kleines Unternehmertum, eine kleine Mittelschicht und vor allem eine kleine Schicht von Lohnabhängigen kreierte, welche Lenin dann (in marxistischen Kategorien) als „revolutionäre Arbeiterklasse“ betitelte und die die soziale Basis für seine gesellschaftlichen Umwälzungspläne darstellen sollten. Rechnet man Sozialismus und Kommunismus als Ideologie und gesellschaftliches Organisationsprinzip dem aus kapitalistischen Entwicklungen und Verhältnissen sowie aus demokratisch-revolutionären Emanzipationsvorstellungen resultierenden westlichen Denken zu, dann war die Umwälzung in Russland ab 1917 auch ein Produkt der europäischen Entwicklung. Die KPdSU wie auch die kommunistischen Parteien in den Satellitenstaaten nach 1945 waren – allen Unterschieden zum Trotz – vergleichsweise westlich orientierte Parteien, stellt man die Organisationsprinzipien und Strukturen den Herrschaftssystemen in orientalischen, asiatischen oder afrikanischen Ländern und Gebieten gegenüber.

Die versuchte „nachholende Entwicklung“ durch Forcierung und Mobilisierung von Produktivkräften in Russland, die die kommunistische Partei zuerst unter Lenin, dann unter Stalin in Angriff nahm, orientierte sich an den fortgeschrittensten Entwicklungen des Kapitalismus und an den in Westeuropa ausgebildeten politischen und staatlichen Organisationsstrukturen. Vielfach folgte die Sowjetunion dem, was modernster Standard im Westen war, von der Architektur über die „Stachanow-Bewegung“, für die in US-Fabriken entwickelte arbeitsteilige Methoden Vorbild waren, bis hin zu den neusten Entwicklungen auf dem Gebiet der Hochtechnologie. In Teilbereichen war dies so erfolgreich, dass auch im Westen bis in die 1960er Jahre bei aller Abgrenzung gegen die Diktatur eine globale „Konkurrenz der Systeme“ angenommen wurde. Ausdruck dessen waren u.a. der „Sputnik-Schock“ und der dadurch ausgelöste „Wettlauf zum Mond“, massive Investitionen und Aufrüstungen von pro-westlichen Regimes in der sog. Dritten Welt oder auch der Vietnam-Krieg und die „Domino-Theorie“, die davon ausging, dass wenn ein Land in Ostasien (und in anderen Teilen der Welt) für den Westen verloren geht, die Nachbarn wie Dominosteine an Moskau fallen würden. Abgrenzungen resultierten vielfach aus Angst vor dem Erfolg, den das kommunistische System der Sowjetunion hatte: zum einen hinsichtlich der eigenen Entwicklung – nicht zuletzt der militärischen –, zum anderen in Bezug auf seine Außenwirkung – Nachahmung und Affinität pro-sowjetischer Parteien und Regimes in verschiedenen Teilen der Welt, die sich der westlichen Wirtschaft und Politik entzogen und ihr zum Teil feindlich gegenüberstanden.

Nicht nur aus ideologischen und philosophischen Motiven, sondern auch aus dieser geopolitischen Konkurrenz erwachsen also jene Deutungs-, Abgrenzungs-, z.T. Dämonisierungsmuster, die ein seit dem Aufstieg der Sowjetunion elementares, je nach Konjunktur mehr oder weniger bedeutsames Charakteristikum des Beziehungssystems zwischen westlichen Ländern und Russland darstellt. In den vergangenen 100 Jahren – seit dem Ersten Weltkrieg und der „Oktoberrevolution“ 1917 – überwog also mit konjunkturellen Schwankungen auf beiden Seiten eine Politik der Abgrenzung und der Exklusion. Im langen und umkämpften 20. Jahrhundert hatte diese Konkurrenz auch die Funktion, die jeweils eigene Identität zu festigen, politische Unterstützung und Ressourcen für die eigenen Interessen und Ziele (inklusive Kriege) zu mobilisieren und Krisen im eigenen Herrschaftsbereich zu externalisieren. Noch in den 1980er Jahren titulierte ein US-Präsident die Sowjetunion als „Reich des Bösen“ und rechtfertigte solcherart seine Aufrüstungspläne. Auf der Gegenseite wurden über weite Strecken Kapitalismus mit Imperialismus und Faschismus gleichgesetzt und den westlichen Ländern unisono ein Wille zur Fortsetzung der Vernichtungspolitik des Dritten Reiches mit noch perfideren Mitteln unterstellt. Über Generationen hinweg bildeten sich entsprechende Images und Vorstellungen aus.

Dieses „Zeitalter der Ideologien“¹⁴ und der heißen und kalten europäischen und Weltkriege war simultan ein Jahrhundert der Suche nach der Identität des Kontinents und seiner Bewohner. Diese Identitätssuche ist bis heute nicht beendet; auch das zeigt der aktuelle Konflikt um die Ukraine. Betrachtet man die wesentlichen Determinanten des Verhältnisses des Westens in den vergangenen 100 Jahren in seinen abgrenzenden und exklusiven Aspekten, dann lässt sich auch in Bezug auf Russland Ähnliches schlussfolgern wie es Edward Said für den „Orientalismus“¹⁵ getan hat: Die Betrachtung des Anderen als Funktion der eigenen Identitätsfindung, und zwar mit dem Ziel der Charakterisierung des Selbst als positive Alternative zu den Eigenschaften, die dem Anderen zugeschrieben werden. Nicht nur der Orient, sondern auch das große und weite Russland, dieses Reich im Osten, das zeitweise Teil und Verbündeter Europas war in der Auseinandersetzung mit dem Orient, nahm diese Funktion für Europa ein. Halbgesittetheit und Barbarei, Faulheit und Fatalismus, Trunksucht und Aggressivität, Zurückgebliebenheit und Despotie, Wildheit und Ungezügelnheit, Unterwürfigkeit und Grausamkeit, Vormodernität und Potemkinsche Dörfer, Totalitarismus und militärische Gefahr waren die negativen Images dessen, was man in Anlehnung an Said *Russismus* nennen könnte. Positive Images beschränkten sich meist auf die sich durch die Jahrhunderte ziehende Annahme, Russland sei ein mehr oder weniger begabter „Schüler Europas“, der gezähmt und zivilisiert werden müsse – mit oft mäßigem Erfolg¹⁶.

Zwar hatte insbesondere das 20. Jahrhundert gezeigt, dass die Vorstellung einer definitiven Eliminierung des Anderen eine Fiktion war, dass man aufgrund der jeweiligen Potenziale und der geographischen Nähe miteinander umgehen musste und dass der Austrag von Konkurrenz und Aversionen mittels Krieg katastrophale Folgen zeitigt. Dies hat vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Reihe von Versuchen geführt, Schnittmengen zu finden, Institutionen des Interessenausgleichs und der Mediation zu etablieren, sowie durch institutionalisierte wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Kooperation den Zustand von Konkurrenz und Gegnerschaft wenn nicht zu überwinden so doch zu relativieren.

Aber erst mit der Auflösung der kommunistischen Systeme im Osten Europas und in der Sowjetunion schienen sich die systemischen wie auch die geopolitischen Voraussetzungen für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen grundlegend zu ändern. Nach der Zustimmung zur deutschen Einigung, zur Auflösung des Warschauer Pakts und schließlich auch der Sowjetunion wurde Russland wieder vorwiegend als zu Europa gehöriger Teil des Kontinents (und als „Schüler Europas“) begrüßt. Beide Seiten bemühten sich um integrative Entwicklungen. In Russland war das verbunden mit einem neuen Modernisierungsanlauf, der bereits unter Michail Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eingesetzt hatte¹⁷. Doch auch in dieser Zeit ab 1992 gab es in der Außenpolitik beider Seiten eine tendenzielle Kontinuität negativer Perzeptionen und Abgrenzungsmaßnahmen, die das Verhältnis auch schon nach 1917 und nach 1946 bestimmt hatten.

Teils bewusst, teil unbewusst, teil gewollt, teils ungewollt perpetuierte die Konzeption Europas, wie sie in den 1990er Jahren im Westen entworfen wurde, diese Abgrenzung und diese Identitätsbestimmung durch das Andere, das Russland darstellt. Neben der Europäischen Union wurde vor allem auch die NATO als „Wahrzeichen“ und institutionelle Verkörperung der Zugehörigkeit zu Europa und zur „transatlantischen

¹⁴ So ein Buchtitel von Bender 1981; vergl. auch Bell 1960; Bracher 1982.

¹⁵ Said 2010.

¹⁶ Vergl. Neumann, 1996a, S. 1ff.; Neumann 1996b; Neumann 1998a; Neumann 1998b; Neumann/ Pouliot 2011.

¹⁷ Zu den drei großen russischen Modernisierungsversuchen im 20. Jahrhundert vergl. Neutatz 2013; Reiman 1987.

Gemeinschaft“ präsentiert, nicht die Russland inkludierende OSZE, wie das kurzzeitig 1990/91 kontinentübergreifend projektiert worden war. Die Bi-Konstruktion EU-NATO¹⁸ soll dem Grobkonzept nach alle europäischen Staaten zwischen dem Atlantik und dem Ural inkludieren – mit Ausnahme Russlands.

Die unter dem Gesichtspunkt der beidseitigen Reorientierung auf abgrenzende Geopolitik statt inkludierende Kooperation prekäre Entscheidung bestand in der Stilisierung der NATO zur „einzig funktionierenden Sicherheitsorganisation“ auf dem europäischen Kontinent bei gleichzeitiger Exklusion Russlands aus diesem Sicherheitsbündnis. Moskau durfte am „Tisch 2“ des Russland-NATO-Rats Platz nehmen, wo vor allem jene Themen besprochen werden sollten, bei denen Russland der NATO nützlich sein konnte. Je nach Bedarf wurde dieser Rat auch zur öffentlichen Bestrafung und Degradierung oder auch als Lob und Lockmittel genutzt. Die NATO blieb eine militärische Organisation, die die Option einer Gegnerschaft zu Russland nie aufgab, auch wenn das NATO-Strategiekonzept von 2010 den Willen zu einer „wirklichen strategischen Partnerschaft“ bekundete¹⁹.

Ein Indiz für die Rückkehr zur Geopolitik schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren und gleichzeitig für das identitäre Verständnis bzw. für die identitätsbasierte Legitimierung dieser Politik war die Charakterisierung jeglichen russischen Vetos im Sicherheitsrat als „Blockade“. Diese Wertung verband sich mit einer systemischen Abgrenzung wie in vergangenen Sowjetzeiten, ungeachtet der Tatsache, dass nie in den 45 Jahren zuvor so viele gemeinsame Initiativen und Beschlüsse in den VN getroffen worden waren wie in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges: Die westliche Politik legitimiere sich schon aufgrund des demokratischen Charakters ihrer Protagonisten; dem gegenüber wurde die Haltung Moskaus, immer wenn diese von der westlichen abwich, mit Hinweis auf ihren „demokratiedefizitären“ Charakter delegitimiert. Vetos westlicher Staaten im Sicherheitsrat (z.B. im Falle von auf Israel bezogenen Resolutionen) wurden dagegen wie selbstverständlich nicht als „Blockade-Politik“ gewertet, sondern als Ausdruck legitimen Handelns demokratischer Staaten, zugunsten des „einzigen demokratischen Staates im Nahen Ostens“.

„Der Westen“ wurde im Diskurs über divergierende Interessen und Auffassungen auch und gerade nach 1991 wieder das Synonym für das Richtige und Gute, „Russland“ im Streitfall zum Synonym für das Negative, das dieses Land, seine Eliten und seine Politik schon immer ausgezeichnet habe. Diese „Existenzialisierung“ in systemischen Kategorien war wiederum Katalysator geopolitischen Denkens. Umgekehrt war auf russischer Seite die Entwicklung analoger Muster deutlich. „Der Westen“ wurde zunehmend mit seiner „imperialistischen Tradition“ gleichgesetzt, gegen das sich ein von Eindämmung und Einkreisung bedrohtes Russland, das jetzt endgültig als europäischer und globaler Machtfaktor vernichtet werden solle, zu wehren habe. Und jede Seite wertete die Darstellung durch den Anderen als bössartige Denunziation, und sah sich dadurch in der negativen Beurteilung des Anderen bestätigt.

Die Initiative lag nach dem „Sieg“ im Kalten Krieg beim Westen. Auf der Ebene operativer Umsetzung von Geopolitik kann die Kosovo-Intervention (gegen das Veto Russlands) und der Krieg der NATO gegen Serbien 1999 als Wendepunkt für diesen Prozess der Entfremdung und des Rückfalls in alte Muster erachtet werden. Damit verstärkte sich auch wieder jener Trend, der sich in der außenpolitischen Kultur ohnehin als wesentliche Determinante durch die Geschichte russischer Außenpolitik zieht: eine realpolitische Weltsicht, die Veränderungen wie die Erweiterung westlicher

¹⁸ Punkt 32 des NATO-Strategiekonzepts 2010: „Die beiden Organisationen vereint die Mehrheit ihrer Mitglieder, und alle Mitglieder beider Organisationen teilen gemeinsame Werte.“ NATO 2010.

¹⁹ Vergl. NATO 2010.

Organisationen als Nullsummenspiel begreift; Befürchtungen, unter nachteiligen Bedingungen zum Opfer militärischer Angriffe aus dem Westen werden zu können. Ausdruck dessen war die ab 2005 entwickelte Militärdoktrin der Russischen Föderation (veröffentlicht 2010), die von einer Verschärfung der Sicherheitslage des Landes ausging. Als externe militärische Gefahren wurden vor allem die Selbstlegitimierung der NATO für weltweite Einsätze außerhalb der Verteidigungsfunktion und außerhalb des VN-Sicherheitsrats, die Stationierung von NATO-Truppen in an Russland grenzenden Ländern, der Aufbau eines Strategischen Raketenabwehrsystems, die „Militarisierung des Weltraums“ durch neue Waffensysteme sowie die „Verletzung“ bzw. „Nichtbeachtung“ internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge genannt, womit die Kündigung des ABM-Vertrags 2002 durch Washington und die Weigerung der NATO gemeint waren, den Angepassten KSE-Vertrag von 1999 zu ratifizieren²⁰.

Die strukturellen Verschiebungen und die sukzessive Akzentuierung abgrenzender Elemente in der außenpolitischen Kultur gingen einher mit personellen Veränderungen. Unmittelbar nach der Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion hatten sich mit Bill Clinton in den USA und Boris Jelzin in Russland zwei liberale Vertreter ihrer jeweiligen Interessen gegenüber gestanden. Mit George W. Bush und Vladimir Putin kamen zehn Jahre später die „Realisten“ zurück und damit eine auf beiden Seiten stärker geo- und machtpolitisch definierte Außenpolitik. Als Fazit kann von einer vor allem seit Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre sichtbaren Geopolitisierung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland gesprochen werden. Mit Putin übernahm ein Politiker die Führung in Moskau, der nicht nur das innenpolitische Chaos und die Macht der Oligarchen (vor allem jener, die ihm kritisch gegenüber standen) einschränken, sondern auch nach außen hin die „Würde der Nation“ wiederherstellen und international die „legitimen Interessen Russlands“ berücksichtigt sehen wollte. Das beinhaltete sowohl die Vorstellung einer „natürlichen“ russischen Einflusszone in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion als auch die Wiedererringung einer globalen Machtstellung und ein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht in internationalen Angelegenheiten²¹.

Hinsichtlich der Mittel, um diese Zielsetzungen zu verfolgen, wurde angesichts der militärischen Überlegenheit des Westens und der eigenen Schwächeposition nicht in erster Linie auf militärische Ressourcen gesetzt, sondern auf ein Wiedererstarken der russischen Wirtschaft, wozu insbesondere der gigantische Reichtum an Gas und Öl beitragen sollte, und eine stärkere Kontrolle des Staates über diese natürlichen Ressourcen. Damit einher ging eine strategische Energiepolitik, die u.a. auf eine Umgehung der Ukraine mit Pipelines zielte, weil dieses „Nadelöhr“ aus Moskauer Sicht erpressbar machte – etwa wenn sich Kiew weigerte, Energie weiterzuleiten, die für Mittel- und Westeuropa bestimmt war, bzw. die Pipelines bei eigenem Bedarf anzuzapfen. Das Vorantreiben von „North Stream“ und „South Stream“ versprachen darüber hinaus, die Energielieferungen aus dem öl- und gasreichen zentralasiatischen und kaspischen Raum nach Europa wenigstens teilweise kontrollieren zu können²².

Gegen den Irak-Krieg 2003 und die Aufnahme südosteuropäischer Länder wie Bulgarien

²⁰ Vergl. RUSMilDok 2010 (offizielle Übersetzung des Bundespräsidialamts v. 18.2.2010); Klein 2010; Schmidt/ Müller 2010.

²¹ In der neuen russischen Sicherheits-/ Militärdoktrin 2010 und in der neuen Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation 2013 ist der in den Dokumenten von 1999 noch verwendete Begriff des „Nahen Auslands“ nicht mehr zu finden, vielmehr wurde er durch „sphere of interest“ (Einflusssphäre) ersetzt. Zu den Strategieveränderungen in der russischen Doktrin vergl. Menkiszak 2014; Simons 2013; Ruiz González 2013; Baumgartner 2013; Blank 2011.

²² Zur Politik Moskaus zwischen Westorientierung und Integration im postsowjetischen Raum siehe Wipperfürth 2010.

und Rumänien in die NATO 2004 konnte man genauso wenig tun wie gegen die Integration der baltischen Staaten in die Allianz. Erst im Jahre 2008 gaben die von den USA subventionierte Politik der georgischen Führung unter Saakashvili und ihre Versuche, die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien militärisch wiederzugewinnen, Moskau Gelegenheit „zurückzuschlagen“, die Angriffe der georgischen Armee abzuwehren und die staatliche Selbständigkeit der beiden Provinzen anzuerkennen. Gleichzeitig konnte so zumindest vorerst ein Anliegen Washingtons durchkreuzt werden, mit Georgien ein weiteres Land an der russischen Grenze in die NATO aufzunehmen.

Mit Blick auf die Rückkehr zu geopolitischen Denk- und Verhaltensmustern ist festzuhalten: Vor dem Hintergrund der außenpolitischen Kultur Russlands und der post-sowjetischen Gegebenheiten und Befindlichkeiten in Moskau wäre eine längerfristige Änderung im außenpolitischen Habitus und in den Einstellungen der politischen Führung des Landes in Richtung mehr Kooperation, weniger Geopolitik nur in einem dementsprechend veränderten Umfeld, d.h. durch eine entsprechende Außenpolitik des Westens sowie institutionelle Festschreibungen möglich gewesen. Es gab dazu Ansätze, sowohl von russischer als auch von westeuropäischer Seite. Die Vorschläge von Gorbatschow und Außenminister Eduard Shevardnadze zum Bau eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ und die von einigen westlichen Politikern und Experten propagierte „gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur“ am Anfang der 1990 Jahre standen für diese Strömung.

All diese Ideen und Ansätze verflüchtigten sich indes innerhalb weniger Jahre. Was nach Kosovo, Afghanistan, Irak, Libyen und NATO-Osterweiterungsrunden bis knapp vor St. Petersburg in der sicherheitspolitischen Dimension außenpolitischen Denkens blieb, war die Bestätigung traditioneller Moskauer Auffassungen von einem expansiven und im Zweifel anti-russischen Westen. Die Konsequenz bestand in der Stärkung nicht der kooperativ-europäischen Richtung in der außenpolitischen Kultur, sondern der abgrenzend-anti-westlichen Richtung.

Nach der Rückkehr ins Präsidentenamt im Jahre 2012 entwickelte Putin eine neue Programmatik, „die Russland als machtpolitischen Gegenpol und als politisch-kulturelle, manche meinen gar ideologische Alternative zum Westen“ definierte²³. Die Behauptung, dass die Frage nach den Ursachen und Bedingungen russischen Außenverhaltens „weniger die Interaktionsdynamik zwischen Moskau, Brüssel und Washington als vielmehr die Ziele der russischen Führung“ betreffe²⁴, greift indes zu kurz. Putin ist bereits seit dem Jahre 2000 an der Macht. Bis 2013 sah der überwiegende Teil der westlichen Rezeption innerrussischer Identitätsdebatten Putins Linie (und die seiner Mehrheitsfraktion in der Duma) im ideologischen und politischen Wettstreit mit den sich geopolitisch und gesellschaftlich ganz anders verortenden „Eurasiern“ sowie den „russische Erde“ sammelnden Nationalisten: vorrangig auf die Stärkung staatlicher Strukturen gerichtet, auf konservative Ordnungsvorstellungen und einen pragmatischen Realismus in der Außenpolitik. Mit diesen Einstellungen und Parametern wurden auch die Bemühungen der Moskauer Führung um eine enge Zusammenarbeit mit der EU und vielfach auch den USA erklärt: ihre internationale Statuspolitik als hochrangiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft – am liebsten „auf Augenhöhe“ mit den USA –, als Bestandteil der Gruppe der wichtigsten Industriestaaten (G8) ebenso wie die Kooperationspolitik im globalen Rahmen – sei es in der Frage der Terrorismusbekämpfung, der gegen die Politik des iranischen Präsidenten

²³ Dembinski/Schmidt/Spanger 2014, S. I.

²⁴ Ebd. – Dembinski, Schmidt und Spanger fordern gleichwohl eine Russland einbeziehende europäische Sicherheitsordnung durch eine (im Report erläuterte) „Congagement-Strategie“ sowie eine „Brückenfunktion“ statt NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine.

Achmadinedschad und für die im Sicherheitsrat der VN gegen Iran beschlossenen Sanktionen, der Kooperation in der Sechsergruppe, die sich um die Eindämmung des atomaren Bewaffnungsprogramms Pjōngjangs bemühte etc. pp.

Die Redefinition außenpolitischer Zielsetzungen ist also von der Interaktionsdynamik im internationalen Raum nicht zu trennen, zumal wenn man die russischen Identitätsdiskurse in den beiden Dekaden postsowjetischer Neubestimmung in Betracht zieht; sowenig wie die Redefinition der außenpolitischen Ziele und die Bestimmung der eigenen Rolle in der Weltpolitik durch Washington oder Berlin von den machtpolitischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, den neu eröffneten Möglichkeiten, den Erwartungen anderer Akteure, der Schwäche sonstiger Vetoplayer, konkreten Ereignissen wie „9/11“ etc. zu separieren sind. Der psychologischen Attributionsforschung ist das Phänomen unterschiedlicher Standards bei der Begründung veränderter Verhaltensweisen durchaus geläufig: Der (von Dritten möglicherweise negativ bewertete) Wandel eigener Einstellungen und Verhaltensweisen wird meist mit äußeren Veränderungen bzw. Zwängen legitimiert; beim Gegenüber werden für negativ beurteilte Änderungen dagegen meist intrinsische Motive aufgrund negativer persönlicher Eigenschaften angenommen²⁵.

3 Russland und der Westen in der Ukraine/Krim-Krise

Die russisch-westliche Auseinandersetzung über die militärisch gestützte Regimewehschelpolitik, die ab 2011 im Nahen Osten und Nordafrika insbesondere von Seiten der USA, Frankreichs und Großbritanniens eingeschlagen wurde (Sturz Gaddafis in Libyen 2011, Unterstützung gegen Assad kämpfender Rebellen in Syrien ab 2012, Vorbereitung militärischen Eingreifens im Iran 2013), wurde bereits vorrangig in geopolitischen Kategorien ausgetragen. Dieser Streit kulminierte im Jahre 2014 dort, wohin sich nun 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges in Europa die westlichen Grenzen verschoben hatten, und wo der Westen – in Moskauer Sicht – teilweise auch auf „urussisches“ Gebiet zugreifen wollte²⁶.

Bereits kurz nach dem Amtsantritt von George W. Bush hatte die US-Administration die Aufnahme der Ukraine (wie auch Georgiens) in die NATO zu propagieren begonnen. Die Mehrheit der europäischen Politiker war allerdings dagegen. Aber schon damals ging ein Riss durch die Allianz, der sich nicht nur auf die Befürwortung oder Ablehnung einer Invasion in den Irak bezog, sondern auch auf die Erweiterung der NATO und die Politik gegenüber Russland. Das Allianz-Neumitglied Polen sowie eine Reihe anderer osteuropäischer Länder, die in die NATO wollten, unterstützten das Vorhaben der US-Regierung, konnten sich aber nicht durchsetzen.

Das hinderte die US-Führung (und den damaligen Generalsekretär der NATO, Jaap de Hoop Scheffer) nicht, diesen Plan mit der im Jahre 2005 im Gefolge der „Orangen Revolution“ an die Macht gekommenen ukrainischen Führung unter Juschtschenko, Tymoschenko und Jazenjuk weiter zu verfolgen und sie (wie auch die georgische Führung) schließlich einzuladen, auf dem Gipfel in Bukarest im April 2008 die Aufnahme in das Bündnis zu fordern. Die ukrainische Führung setzte sich so mit Unterstützung Washingtons über den fehlenden innerukrainischen Konsens bezüglich der außenpolitischen Orientierung des Landes und die Proteste Russlands bezüglich einer weiteren Ausdehnung der NATO an seine Westgrenze hinweg. Neben der katastrophalen ökonomischen Performanz, der Korruption und der Ausplünderung des Landes durch Oligarchen, die eng mit der politischen Führung verbunden waren, war es auch dieses Vorgehen, das im Jahre 2010 zur Abwahl dieser Politiker und zum Erfolg des nach Westen wie nach Russland offenen Wiktor Janukowytch von der Partei der Regionen

²⁵ Vergl. Stein 2002.

²⁶ Vergl. Putin 2014, 94ff.

führte.

Dieser „multivektoralen“ Außenpolitik des neuen ukrainischen Staatschefs war geschuldet, dass Kiew und Brüssel ein Assoziationsabkommen vorzubereiten begannen. Gleichzeitig war es die Intention der EU, nach der Aufnahme der ostmitteleuropäischen Länder Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei sowie der baltischen Staaten im Jahre 2004 und dann 2007 Bulgariens und Rumäniens auch östlich dieser neuen Unionsgrenzen eine enge Kooperation anzustreben, Reformen im Sinne der EU zu initiieren und solcherart die „europäische Stabilitätszone zu erweitern“, wie die Zielformel der EU-Nachbarschaftspolitik lautete²⁷. Unter diesem Aspekt betrachtet, hatte die Ukraine-Politik der EU ihre Logik. Schließlich handelte es sich um das größte im Osten an die EU grenzende Flächenland Europas, mit einer Bevölkerung von damals etwa 45 Millionen, also Polen oder Spanien vergleichbar.

Andererseits war Brüssel das Bemühen Russlands und Kasachstans bekannt, mit der Ukraine eine Zollunion zu kreieren. Anstatt – nicht zuletzt wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung der Ukraine mit Russland – diese Zielsetzungen komplementär zu betrachten und absehbare Friktionen in trilateralen Verhandlungen zu lösen zu versuchen, wurden sie in exkludierender Konkurrenz zu einander gesehen und mit geopolitischen und identitären Kategorien aufgeladen. Die EU lehnte mit dem Hinweis auf langfristige Vorteile nicht nur eine Kompensation für die für die Ukraine zu erwartenden wirtschaftlichen Nachteile ab, sondern auch noch kurz vor der geplanten Unterzeichnung des Abkommens von Janukowytch vorgeschlagene Verhandlungen zwischen Kiew, Brüssel und Moskau²⁸. Solcherart wurde aus den beiden Projekten ein Ringen um die Ukraine als „europäisches“ oder russisches Einflussgebiet.

Das Assoziierungsabkommen, das am 28./29. November 2013 in Vilnius auf einem EU-Gipfel unterzeichnet werden sollte, war dann der Anstoß für eine Eskalationsspirale, die durch die Reaktion der EU auf die Nichtunterzeichnung – Beschimpfen der ukrainischen und russischen Führung²⁹ – beschleunigt wurde. Vor allem wurde die Reaktion der EU von der ukrainischen Anti-Janukowytch-Opposition als Signal begriffen, dass sie mit der Unterstützung aus Brüssel rechnen konnte, wenn sie zum Sturz des Präsidenten ansetzte. Hierzu trugen unter anderem Besuche diverser westlicher Spitzenpolitiker bei den Demonstranten auf dem Maidan bei. Brüssel hatte ursprünglich schon die Freilassung Julija Tymoschenkos zu einer Bedingung für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens gemacht. Nun besuchten bereits am 30. November 2013, einen Tag nach dem Gipfel, europäische Spitzenpolitiker den Maidan und sprachen den Demonstranten ihre Unterstützung gegen die Regierung aus, darunter die litauische Parlamentspräsidentin Loreta Graūžinienė, der polnische Abgeordnete Marcin Świącicki, die Europaabgeordneten Rebecca Harms und Paweł Kowal. Am 1. Dezember kam eine ganze Gruppe polnischer Politiker auf den Maidan. Fünf Tage später reiste eine Delegation von Europaabgeordneten der EVP-Fraktion in die Ukraine. Während in Kiew eine OSZE-Konferenz stattfand, gingen auch der deutsche und der kanadische Außenminister zu den Demonstranten³⁰. Damit aber flammte die seit mehr als zehn Jahren schwelende innenpolitische Auseinandersetzung über die außenpolitische

²⁷ Vergl. European council/ The President, 26.11.2013. – Die „Östliche Partnerschaft“ als Teil der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) soll die politische Assoziierung und die wirtschaftliche Integration mit den ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland voranbringen. Der Gründungsgipfel der Partnerschaft fand im Mai 2009 in Prag statt. Vergl. Auswärtiges Amt 2014a; Auswärtiges Amt 2014b.

²⁸ Vergl. Malygina 2013: S. 5.

²⁹ European council/ The President, 25.11.2013.

³⁰ Vergl. Malygina 2013: S. 6.

Orientierung des Landes wieder auf. Anstatt mäßigend zu wirken, ging die Führung der EU auf Konfrontationskurs.

Nun dynamisierte sich die Wechselwirkung von interner Machtauseinandersetzung und externer Einmischung. Die Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew, die bereits eine Woche vor dem EU-Gipfel, am 21. November, begonnen hatten, richteten sich vor allem gegen die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Zustände sowie gegen die Korruption und die Unfähigkeit der Regierung. Sehr schnell aber schaltete sich die organisierte politische Opposition ein und begann die Proteste für ihre Auseinandersetzung mit der herrschenden Fraktion um Janukowytsch zu nutzen. Sie stellte sich im Versuch, international Aufmerksamkeit und Unterstützung zu gewinnen, als „west-orientierte Alternative“ zur Regierungspartei dar, die sie als „post-kommunistische Seilschaften“, „Sowjetnostalgiker“ und „pro-russisch“ charakterisierte.

In Wirklichkeit unterschied sich diese Opposition wenig von der herrschenden Clique. In den fast sechs Jahren von 2005 bis zu ihrer Abwahl und der Machtübernahme durch Janukowytsch in 2010 hatte sich an den korrupten, ineffizienten und extrem ungerechten Strukturen und Verhältnissen nicht nur nichts geändert; sie waren noch eklatanter geworden. Von „europäischen Werten“ war die Opposition offenkundig um nichts weniger weit entfernt als Politiker der „Partei der Regionen“. Von Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Investitionsprogrammen in die Zukunft des Landes, Stärkung der Zivilgesellschaft etc. war in ihrer Regierungszeit genauso wenig zu sehen gewesen wie in der Zeit vor der „Orangen Revolution“ 2004³¹. Zwischen September 2008 und Ende 2009 war die ukrainische Währung um 42 Prozent abgestürzt, die Rechnungen für das aus Russland gelieferte Gas konnte nur mehr mit Devisenreserven beglichen werden³².

Dennoch waren es diese Kräfte, die der Westen, insbesondere die USA, gegen die „Post-Kommunisten“ unterstützte, teils aus strategischen Gründen – wegen der gewollten NATO-Erweiterung –, teils aus der Auffassung oder Hoffnung heraus, dass sich die demokratischen Slogans, derer sich die Opposition bediente, mit der politischen Realität decken würden³³. Vom Standpunkt der Oppositionsparteien gesehen war es im Winter 2014 (wie bereits 2004) daher naheliegend, die Proteste zur Richtungsfrage über einen pro-westlichen oder pro-russischen Kurs des Landes und damit zu einer Auseinandersetzung über die Identität des Landes zu machen, weil sie sich solcherart der Unterstützung durch Washington und Brüssel sicher sein konnte. Aus dem „Maidan“ wurde der „Euromaidan“³⁴: Die Etikettierung spiegelte einerseits die Redefinition der Proteste, die sich in der Hauptsache gegen die ökonomischen und sozialen Missstände wendeten, in einen „Aufstand für die Zugehörigkeit zu Europa“, andererseits die Übernahme der Definitionshoheit durch die etablierten Oppositionsparteien, die die Erwartungen in Brüssel zu treffen suchten. Dort wiederum fühlte man sich bestätigt in der Annahme, es gäbe starke Kräfte in der Ukraine, die für einen „Westkurs“ einträten. In einer Mischung von ideologisch eingeschränkter Wahrnehmungsfähigkeit und ebenfalls ideologisch bedingter Machtpolitik übersah man in Brüssel, wie man von der Anti-Janukowytsch-Fraktion im politischen Spektrum der Ukraine instrumentalisiert wurde.

Die Reaktion der Gegenseite folgte prompt. Während die einen wieder die Demokratie

³¹ Eine differenzierte Darstellung gibt Stykow 2014.

³² Vergl. Handelsblatt, 26.2.2010.

³³ Vergl. Potekhin 2013: S. 9.

³⁴ Ursprünglich ein Hashtag auf Twitter, gewann die Bezeichnung vor allem bei den westlichen Agenturen schnell an Popularität. „Maidan“ als Kurzform für den Majdan Nesaleschnosti (Platz der Unabhängigkeit), dem zentralen Platz in Kiew, wurde zum Synonym für die dort stattfindenden Massenproteste.

und die Europäische Union zu Leitbildern erkoren und die Bedrohung durch russische Vorherrschaftsgelüste auf die Ukraine an die Wand malten, beschrieben die Anderen die Demonstrationen in Kiew und den Machtwechsel in der Regierung nach der Flucht Janukowytsch' als vom Westen inspirierte und finanzierte Übernahme der Macht durch Faschisten, die die russische Sprache und die ukrainisch-russische Identität des Landes vernichten wollten.

In der Wahrnehmung Moskaus bestätigte sich die in den Jahren zuvor verfestigte Ansicht, es gehe „dem Westen“ um eine Ausdehnung von Einflussphären, um ein weiteres und definitives Heranrücken – zunächst der EU, dann der NATO – an die russischen Grenzen, und zwar mit allen Mitteln, d.h. mit Hilfe und durch Unterstützung lokaler radikal-oppositioneller Kräfte, die jetzt an die Macht gebracht werden sollten, also um einen *Regimechange*. Die Auftritte nicht nur europäischer Politiker, sondern auch aus den USA, u.a. von Senator John McCain bereits am 15. Dezember 2013 und US-Außenminister John Kerry Anfang März 2014 auf dem Maidan, zusammen mit Versicherungen, man werde die Ukraine auf ihrem Weg ins transatlantische Bündnis unterstützen und dafür auch Geld zur Verfügung stellen; der vom Westen unterstützte Machtwechsel in Kiew am 22. Februar 2014 und die Einsetzung einer Regierung mit zweifelhafter Legitimität; die Anerkennung dieser Regierung durch die EU bereits zwei Tage später; eine Übergangsregierung, die auf unterschiedliche Orientierungen und Einstellungen vor allem im Osten und Süden des Landes wenig Rücksicht zu nehmen schien und nach der Flucht von Janukowytsch ihre Auffassungen und Interessen in der Tradition des bisherigen Nullsummenspiels um die Macht durchzusetzen suchte³⁵; die eilig für den 21. März 2014 angesetzte Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziationsabkommens mit der EU³⁶; die Auflösung der Ordnung in der Ukraine; die Unruhe auch in der Armee über den Westkurs der Übergangsregierung; dann die Unabhängigkeitserklärung des Parlaments auf der Krim mit ihren mehrheitlich russisch-sprachigen Bürgern, die Idee eines Referendums auf der Krim und das Überlaufen ukrainischer Truppenteile³⁷: Diese Entwicklung eröffnete die Chance für Moskau, nun seinerseits nicht mehr nur gegen die Expansion der anderen Seite zu protestieren, sondern auch selbst praktische Geopolitik zu machen und die 1954 vom sowjetischen Parteichef Chruschtschow als Symbol der jahrhundertelangen Verbundenheit der Ukraine und Russlands seit der Gründung der Kiewer Rus an die Ukraine geschenkte Insel zurückzuholen.

Die Vereinnahmung der Krim war so für Moskau alles Mögliche³⁸: Befriedigung des Bedürfnisses, wieder einmal nationale Größe zu zeigen; Genugtuung, nach 25 Jahren empfundener Demütigung durch den Westen ein *fait accompli* zu setzen, dem die „pro-westliche“ Führung in Kiew und ebenso der Westen im Wesentlichen nur hilflos zuschauen konnten; die Korrektur des „historischen Fehlers“ Chruschtschows, der russisches Territorium in den Augen vieler Russen einfach verschenkt hatte; und auch Vergeltung für eine zunehmend antirussische Politik und Rhetorik von Teilen ukrainischer Eliten, die gleichzeitig nicht einmal Verträge einhielten und sich angesichts fehlender Gelder zur Bedienung von Schulden auch an russischen Gaslieferungen vergriffen.

Die Unterstützung Moskaus und der auf der Krim (aufgrund eines Stationierungsabkommens) lozierten russischen Streitkräfte für diese Unternehmung und

³⁵ Vergl. Süddeutsche Zeitung, 6.8.2014; zur Sprachgesetzproblematik siehe Simon 2014, S. 34f.

³⁶ Am gleichen Tag ratifizierte der russische Föderationsrat den „Beitrittsvertrag“ mit der Krim. – Der wirtschaftliche Teil des EU-Assoziationsabkommens wurde von Kiew am 28. Juni 2014 unterzeichnet. Vergl. European Union 2014.

³⁷ Zu historischen, politischen und rechtlichen Aspekten der „Krim-Krise“ siehe Luchterhandt 2014.

³⁸ Vergl. Putin 2014.

der darauf folgende Beschluss der Duma in Moskau, dem Antrag des Krim-Parlaments auf Beitritt zur Russländischen Föderation zuzustimmen, bedeutete im Ergebnis nicht nur die völkerrechtswidrige Annexion eines zu einem anderen Staat gehörigen Territoriums. Diese Maßnahmen stellten einen nächsten maßgeblichen Schritt in der innerukrainischen wie internationalen Eskalation der Krise dar. Die Moskauer Krim-Entscheidung mobilisierte in der Ost- und Südukraine wie in Russland jene Kräfte, die mit diesen Landesteilen ähnlich verfahren wollten wie mit der Krim. Außerdem gab es genügend Anzeichen, dass auch hier Moskau Unterstützung leisten würde: die nationalistische Aufwallung in Russland, die verbreitete Auffassung, man dürfe „die eigenen Leute“ im Osten und Süden der Ukraine nicht im Stich lassen, die Massierung russischer Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine, die Stellungnahmen aus Moskau zum Konflikt, die wie die Separatisten im Osten des Landes von einer faschistischen Machtübernahme in Kiew schwadronierten, die Beschuldigungen gegen den Westen, er wolle sich die Ukraine einverleiben usw. Zugleich weckten diese Entwicklungen entsprechende Befürchtungen in Russlands „nahem Ausland“.

Bei den hauptsächlich russisch-sprachigen und sich ethnisch vorwiegend russisch begreifenden Teilen der Bewohner der Ost- und Südostukraine machten sich einerseits Befürchtungen über ihre Zukunft, ihre mögliche Diskriminierung und über den möglichen Verlust ihrer Identität breit. Wesentlich für den weiteren Konfliktverlauf war aber, dass radikale Kräfte nun schnell im Osten und Süden des Landes das Gesetz des Handelns bestimmten. Diese Kräfte begannen öffentliche Einrichtungen zu besetzen, bildeten „Selbstverteidigungskomitees“ und riefen die Autonomie oder die Unabhängigkeit von der Ukraine aus. Parallel zum Zusammenbruch der bisherigen öffentlichen Ordnung traten bewaffnete Kräfte immer stärker in Erscheinung. Sie speisten sich aus radikalen, pro-russischen Kreisen, ideologischen Extremisten, übergelaufenen Angehörigen der ukrainischen Armee, gewaltbereiten Jugendlichen, kriminellen Banden, aber offenkundig auch zunehmend aus russischen Nationalisten, die über die Grenze einsickerten, um den „Befreiungskampf“ gegen „das faschistische Regime“ in Kiew und für die „Wiedervereinigung“ mit Russland zu unterstützen.

In der Machtzentrale Moskau bildeten sich angesichts dieser Lage offenkundig widerstreitende Interessen und Vorstellungen aus, wie mit den Ereignissen an der Westgrenze und dem westlichen Nachbarn umzugehen sei. Aus russischen Stellungnahmen und Medien lassen sich diesbezüglich divergierende Positionen erkennen, allerdings ist schwer abzuschätzen, wie stark der Rückhalt und die Basis dafür war. Letztlich lässt sich nur aus der Entwicklung der russischen Politik gegenüber den Ereignissen und Entwicklungen in der Ukraine vom Ergebnis her schließen, welche Position sich durchgesetzt hat. Festhalten lässt sich, dass die Moskauer Politik bis zur Absetzung von Janukowytsch eher reaktiv als strategisch und auch danach vor allem auf das Ziel bezogen war, eine NATO-Ausdehnung auf die Ukraine zu verhindern³⁹.

Offenkundig war jedenfalls, dass die russische Führung trotz der massiven Präsenz von Truppen an der Westgrenze wenig unternahm, um diese grenzüberschreitenden, völkerrechtswidrigen Aktivitäten zu unterbinden. Inwieweit eine direkte Unterstützung separatistischer Kräfte durch Moskau etwa in Form einer Weitergabe geheimdienstliche Erkenntnisse, der Entsendung von Spezialkräften oder des Beschusses ukrainischer

³⁹ Mearsheimer hält das Argument, Putin habe eine langfristige Strategie der Vereinnahmung der Krim verfolgt, ebenfalls für wenig stichhaltig: „If Putin were committed to creating a greater Russia, signs of his intentions would almost certainly have arisen before February 22. But there is virtually no evidence that he was bent on taking Crimea, much less any other territory in Ukraine, before that date. Even Western leaders who supported NATO expansion were not doing so out of a fear that Russia was about to use military force. Putin's actions in Crimea took them by complete surprise and appear to have been a spontaneous reaction to Yanukovych's ouster. Right afterward, even Putin said he opposed Crimean secession, before quickly changing his mind.“ Vergl. Mearsheimer 2014.

Truppen von russischem Staatsgebiet aus erfolgte, lässt sich nicht genau feststellen. Der Versuch direkter Einflussnahme freilich war augenscheinlich, und zwar sowohl auf die Entwicklung in der Gesamtukraine im Sinne des strategischen Ziels, das Land nicht den USA und der NATO zu „überlassen“, als auch auf die Separatisten und die Autonomiebewegung, um sie weiter im Moskauer Sinne instrumentalisierbar zu halten.

Es lässt sich aber auch nur beschränkt feststellen, inwieweit Moskau die Separatisten zu kontrollieren in der Lage war. Die vielfachen Aufforderungen von Separatistenführern in ostukrainischen Städten, die russische Armee möge mit einer direkten „humanitären Intervention“ Hilfe leisten, insbesondere nach dem Beschluss des am 25. Mai 2014 zum Präsidenten gewählten Oligarchen Petro Poroschenko, die ukrainische Armee in einer „Anti-Terror-Operation“ zur Rückgewinnung der von den Separatisten gehaltenen Gebiete einzusetzen, wurden in Moskau jedenfalls nicht positiv beantwortet. Ähnlich verhielt sich die russische Führung zu von den Separatisten in Analogie zur Krim geplanten Referenden über die Abspaltung der von ihnen kontrollierten Gebieten abstimmen zu lassen. Moskau sprach sich dem gegenüber für eine Verschiebung aus. Inwieweit westlicher Druck beitrug, diese Haltung zu befördern, lässt sich schwer messen. In dem Maße wie offenbar von russischen Grenztruppen ungehindert russische Kämpfer und Militärgerät in die Ostukraine gelangten, in dem Maße wurde im Westen dennoch die Befürchtung größer, dass Moskau sich tatsächlich weitere Teile der Ukraine aneignen könnte. Oder - wenn dies nicht gewollt würde – dass sich im Osten und Süden Ukraine dauerhaft oder jedenfalls auf längere Zeit ein Teil des Landes abspalten und damit ein Brandherd und ein Katalysator der Destabilisierung der Ukraine etablieren könnte.

Geht man davon aus, dass es unter sicherheitspolitisch-geostrategischen Gesichtspunkten ein vorrangiges Ziel Moskaus war, nicht auch noch die Ukraine als Teil der NATO und damit als möglichen Frontstaat des Westens gegen Russland akzeptieren zu müssen, dann war dieses Ziel ohnehin am besten zu erreichen, wenn die Ukraine nicht in einen (großen) West- und einen (kleinen) Ostteil aufgespaltet würde. Blicke die Ukraine (ohne die Krim) ein einheitlicher Staat, dann könnten die Chancen, das Land zumindest auf absehbare Zeit auf einen neutralen Status zu verpflichten, besser stehen. Erstens müsste dann innerukrainisch auf einen Konsens mit den östlichen Teilen des Landes in der außenpolitischen Orientierung geachtet werden. Zweitens konnte man damit rechnen, dass damit die Stimmen im Westen gestützt würden, die die Ausweitung der NATO auf die Ukraine sowieso für problematisch hielten und ebenfalls für einen neutralen Status des Landes plädierten⁴⁰.

Solcherart waren auch aus rein rationalem Kalkül die Bemühungen Moskaus nachvollziehbar, nach dem aus russischer Sicht erfolgreichen Abschluss der Krim-Eingliederung die Lage zu entspannen und zum Abschluss eines Waffenstillstands beizutragen. Freilich war die Ukraine-Politik der russländischen Führung eine Gratwanderung. Sie versuchte der prekären Lage gerecht zu werden, indem sie einerseits durch zeitweilige Rückzüge von an der Grenze massierten Streitkräften nicht nur dem Westen, sondern auch den Separatisten signalisierte, dass eine weitere Landnahme nicht beabsichtigt wäre bzw. dass die Aufständischen nicht mit einer direkten militärischen Intervention Moskaus rechnen könnten. Die Befürwortung der für den 25. Mai 2014 in der Ukraine angesetzten Präsidentschaftswahl durch Putin, die Bemühungen um einen Waffenstillstand, der die Kiewer Regierung und die Separatisten in eine Verhandlungsposition brächte, und die mit Nachdruck vorgebrachte Forderung nach Verfassungsänderungen vor allem mit Blick auf Autonomie und Föderalisierung waren zwei Seiten einer Medaille. Ein diesbezüglicher Kompromiss und ein Einvernehmen über Wahlen, an denen sich in der Ostukraine die Organisatoren der Abspaltungsbewegung beteiligen könnten, nachdem diese auf Eigenstaatlichkeit verzichtet und sich die

⁴⁰ Vergl. z.B. Kissinger 2014; Mearsheimer 2014; Helmut Schmidt in Spiegel-Online, 16.5.2014.

ukrainischen Streitkräfte in ihre Kasernen zurückgezogen hätten, wäre der vermutlich gewünschte Erfolg einer solchen Politik gewesen.

Auf der anderen Seite wurde schnell deutlich, dass dieses Kalkül nur aufging, wenn der Einfluss der Autonomiekräfte in den östlichen Landesteilen stark blieb. Dies wiederum setzte einen Verhandlungsprozess voraus, der von einigermaßen gleichberechtigten innerukrainischen Partnern und unter Mitwirkung externer Akteure – der USA, der EU und Russlands als Garanten eines innerukrainischen Verhandlungsprozesses – bestritten würde. Dieses Kalkül, auf das sich Russland und Brüssel eigentlich bereits verständigt hatten, wurde allerdings kurz nach der Inthronisierung Poroschenkos als neuer ukrainischer Präsident obsolet. Gegen die Aufrufe sowohl von Seiten der EU als auch Russlands, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und Verhandlungen zu beginnen, mobilisierte im Juli 2014 Poroschenko die Armee und Freiwillige für die Rückeroberung der Gebiete, die sich unter der Kontrolle der Separatisten befanden. Die militärische Zerschlagung des Separatistenregimes im Osten und Süden würde Kiew sowohl in der Frage der Autonomierechte für die östlichen und südlichen Provinzen des Landes, vor allem aber in der Frage der außenpolitischen Orientierung ein viel größeres Gewicht einräumen als unter den Bedingungen eines Kompromisses mit den Abtrünnigen. Dieses Szenario gewann zusätzlich an Plausibilität durch die einsetzende Fluchtbewegung in den Kriegsgebieten. Anfang August 2014 waren nach Angaben des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) bereits 730.000 Menschen vor den Kämpfen nach Russland geflohen⁴¹; abgesehen von der humanitären Herausforderung bedeutete diese nicht zuletzt durch die militärische Strategie der Kiewer Führung erzwungene Migration auch eine massive Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung in den Ostteilen des Landes, und zwar zuungunsten der Separatisten und Russlands.

Vor diesem Hintergrund erhöhte Moskau offenbar den Einsatz. Verstärkt flossen Waffen und Unterstützer des „Befreiungskampfes“ über die Westgrenze Russlands in die Ukraine. Auf der anderen Seite hatte der deutsche Nachrichtendienst BND schon Anfang Mai gemeldet, dass 400 US-Söldner des Militärdienstleisters *Academi* (früher *Blackwater*) den Kampf der ukrainischen Armee gegen die Separatisten unterstützte⁴² – was ohne Einverständnis Washingtons nicht möglich wäre. Am 21. April hatte das Weiße Haus ein 50-Millionen-„Hilfspaket“ für Reformen in der Ukraine angekündigt, „um die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Ukraine zu stärken“⁴³. Zusätzlich wurden 100 Mill. US-Dollar für die Unterstützung von Militär, Sicherheitsdiensten und Geheimdiensten in Mittel- und Osteuropa – Ukraine inkludiert – in Aussicht gestellt⁴⁴.

Mit dieser Beteiligung Russlands und der USA war der Konflikt auch in militärischer Hinsicht internationalisiert. Auf dem Boden der Ukraine wurde nun nicht mehr nur um die Machtverteilung im Lande gekämpft. Vielmehr handelte es sich jetzt zusätzlich um einen Stellvertreterkrieg der USA und Russlands um die Abgrenzung von Einflussphären in Europa. Es ging um die Frage, ob die Ukraine – wie Washington es wollte – Bestandteil des Westens würde oder – die Moskauer Position – als neutrale Zone zwischen Russland und dem Westen erhalten bliebe.

Die Position der moderaten Kräfte in der Europäischen Union – nicht zuletzt Berlins – wie auch in der Ukraine, die auf ein Ende der Kampfhandlungen und einen Kompromiss drängten, wurden durch die Beschluss Poroschenkos, die innerukrainische

⁴¹ Spiegel-Online, 5.8.2014. Dazu kamen noch Zehntausende, die sich auf die Krim oder in andere Gebiete der Ukraine abgesetzt hatten.

⁴² Spiegel-Online, 11.5.2014.

⁴³ Vergl. Amerika Dienst 2014.

⁴⁴ Deutsche Welle, 8.5.2014.

Auseinandersetzung mit Gewalt zu entscheiden, die Unterstützung dafür von US-Seite sowie durch die Reaktion Moskaus marginalisiert. Ausdruck dessen war u.a., dass in der zweiten Julihälfte der Kommunistischen Partei im ukrainischen Parlament der Fraktionsstatus entzogen und ein Verbotverfahren eingeleitet wurde, mit der Begründung, sie würde die Separatisten im Osten des Landes unterstützen. Sie hatten Poroschenko vorgeworfen, die Armee auf das „eigene Volk“ schießen zu lassen⁴⁵. In der zweiten Julihälfte trat die Regierung zurück, um in für Oktober 2014 anvisierten Neuwahlen „klare“ Kräfteverhältnisse herzustellen. Nach wie vor waren im Parlament neben den Kommunisten viele Abgeordnete der Partei der Regionen des gestürzten Präsidenten Janukowytsch vertreten. Poroschenko wollte – ganz in der Tradition ukrainischer Oligarchen, die es in die Politik zog – nun eine eigene Partei aufbauen, die ihn nach Wahlen auch auf Parlamentsebene mit entsprechender Macht und Legitimität absichern sollte. Mitte August vereinbarte die ukrainische Regierung mit dem rechtsradikalen „Rechten Sektor“ eine Zusammenarbeit, seine Legalisierung sowie die Freilassung von Mitgliedern, die wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen worden waren. Zuvor hatte ihr Anführer, Dimitrij Jarosch, der Regierung ein Ultimatum gestellt und gedroht, seine Unterstützung im Kampf gegen die Separatisten aufzukündigen, sich von der Front in der Ostukraine zurückzuziehen und stattdessen einen „bewaffneten Marsch auf Kiew“ organisieren zu wollen⁴⁶.

Extern verloren diejenigen an Einfluss, die eine internationale Vermittlung und eine diplomatische Lösung des Konflikts anstrebten. Die Auseinandersetzung fokussierte sich in der Folge wieder auf eine Akteurskonstellation, die an den Kalten Krieg erinnerte, nämlich Washington und Moskau, während die EU – in den Bemühungen um eine Moderation vor allem von Berlin repräsentiert – ins politische Hintertreffen geriet. In Russland wurden diejenigen lautstärker, die keinesfalls akzeptieren wollten, dass „die eigenen Landsleute“ in der Ostukraine „im Stich gelassen“ würden, und die eine verstärkte Aufrüstung der Separatisten im Osten forderten. Der Abschuss eines Passagierflugzeugs der Malaysian Airlines über den abtrünnigen Gebieten am 17. Juli 2014 mit fast 300 Opfern, für den seitens des Westens die Separatisten und Moskau verantwortlich gemacht wurden, veranlasste die EU, verschärfte Sanktionen gegen Russland zu verhängen⁴⁷.

Dort wiederum hatte sich die Stimmung weiter radikalisiert. Die Duma schien nur mehr aus zwei Fraktionen zu bestehen: einer nationalistisch-revisionistischen, die auf weitere Gebietsnahme drängte, und einer „neorealistischen“, deren Strategieentwicklung vor allem von dem Motiv gespeist war, nicht zuzulassen, dass die Ukraine in die NATO aufgenommen wird und die in ihrer Mehrheit eine weitere Okkupation ukrainischen

⁴⁵ Vergl. Deutsche Welle, 13.8.2014. – Mitte Juli meldeten die Vereinten Nationen bereits mehr als 2.000 Tote in dem Konflikt. Vergl. Reuters 2014; Süddeutsche Zeitung, 26./27.7.2014, S. 7; Süddeutsche Zeitung, 6.8.2014b, S. 9.

⁴⁶ Vergl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.8.2014a und 18.8.2014b. – Ein Teil der Kämpfer des „Rechten Sektors“ hatten sich vorher dem „Bataillon Asow“ angeschlossen, das unter dem Dach der ukrainischen Nationalgarde agierte und im Osten des Landes eingesetzt war. Vergl. ebd.

⁴⁷ Die Sanktionen und ihre Kontraproduktivität wären ein eigenes Kapitel wert. Die russische Seite antwortete mit Gegenmaßnahmen, während gleichzeitig asiatische, nordafrikanische und südamerikanische Länder sich beeilten, die Marktchancen zu nutzen und für den russischen Markt entstandene Lücken mit Exportangeboten an Russland zu füllen. Vergl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.8.2014c.

Gebiets für kontraproduktiv hielt⁴⁸. Die von Washington offenkundig gewollte Existenzialisierung der Krise im Sinne einer Entscheidung darüber, ob die Ukraine „in Freiheit“ leben könne oder sich unter russischer Kuratel subordinieren müsse, manifestierte sich auch in der zunehmenden Zurückhaltung gegenüber den Waffenstillstandsforderungen von EU und Russland und in der demonstrativen Unterstützung des neuen ukrainischen Präsidenten im Juli 2014, die militärische Eskalation zu suchen.

Die Diskreditierung Moskaus und Putins persönlich als Aggressor und eigentliche Verursacher der Krise erfüllte neben der Legitimierung der militärischen Option freilich auch noch weitere Zwecke im Interesse der US-Außenpolitik. Auf dem Höhepunkt der NSA-Ausspähaffäre, die insbesondere in Europa heftige Verstimmungen hervorgerufen hatte, weil – wie Kanzlerin Merkel sich ausgedrückt hatte – „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht“⁴⁹, hatte man es nun mit einem altbekannten, gemeinsamen Feind zu tun, der nicht nur als Bedrohung für die Ukraine, sondern auch für die gesamte NATO dargestellt werden konnte⁵⁰. Die schärfere Auseinandersetzung und die Abgrenzung von Russland als diktatorische und neoimperialistische Macht in der Ukraine-Krise war die Zuspitzung einer US-Strategie, die bereits seit der Aufnahme Edward Snowdons ins Moskauer Asyl Anfang August 2013 verfolgt worden war. Darüber hinaus wurden wieder verstärkt Forderungen an die europäischen NATO-Mitglieder gerichtet, ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen und nunmehr, mit dieser „neuen Bedrohung“ und einer „völlig veränderten Sicherheitslage“, die Landes- und Bündnisverteidigung im traditionellen Sinne zu verstärken⁵¹.

Die USA präsentierten sich als Beschützer nicht nur einer nach Freiheit dürstenden ukrainischen Nation, sondern auch wie zu Zeiten des Kalten Krieges als unabdingbarer Garant eines freien Europas und der „freien Welt“. Tatsächlich gab es in Europa nicht nur bei den überzeugten „Transatlantikern“ ein vernehmliches Echo auf die Krise in der Ukraine und die „entschiedene Haltung“ der US-Regierung dergestalt, dass „die historische und aktuelle Bedeutung der USA für die Freiheit Europas“ in Politik und Medien wieder herausgestellt wurde⁵². Die Konsequenzen wurden schon auf dem NATO-Gipfel in Wales am 4. und 5. September 2014 sichtbar. An letzter Stelle der fünf Haupttagesordnungspunkte stand Afghanistan und der ISAF-Abzug zum Ende des Jahres. Die anderen Hauptthemen waren von der Ukraine-Krise und der „neuen Bedrohung“ durch Russland geprägt: an erster Stelle „die Bereitschaft, die kollektive Verteidigung wieder zu verstärken“ und entsprechend zu investieren; dann „die transatlantische Entschlossenheit zu demonstrieren“ und „die Wichtigkeit angemessener Niveaus von Verteidigungsausgaben zu betonen“; drittens die Beziehungen zu Russland sowie „stärkere Beziehungen zur Ukraine durch intensiviertere Kooperation“; schließlich die „Vertiefung von Partnerschaften und die Beibehaltung der NATO-Politik der Offenen Tür“⁵³. Der neue Feind – dies das Resümee – verlangte transatlantische Geschlossenheit, Aufrüstung und eine Feinplanung für die weitere Ausdehnung der NATO.

⁴⁸ Eine gesonderte Darstellung würde ebenso die Instrumentalisierung der Krise durch die Moskauer Führung für eine Verschärfung der Politik gegenüber regierungskritischen Kräften verdienen, von der Debatte über die Gulag-Gedenkstätte „Perm 36“ bis zur weitergehenden Einstufung von NGOs als „ausländische Agenten“. Vergl. Süddeutsche Zeitung, 30.7.2014; Deutsche Welle, 17.8.2014.

⁴⁹ Vergl. Spiegel-Online, 24.10.2013; Uken 24.10.2013.

⁵⁰ Galeotti/ Bowen 21.04.2014; Hadley/ Wilson 03.03.2014.

⁵¹ NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen tat sich diesbezüglich besonders hervor. Vergl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.5.2014.

⁵² Vergl. Merkel 2014; Deutsche Welle, 11.4.2014; Handelsblatt, 28.3.2014.

⁵³ NATO 2014a.

Die Ergebnisse des Gipfels in Wales entsprachen dieser Vorbereitung. 17 von 113 Paragraphen der Gipfelerklärung beschäftigten sich mit der Verurteilung Moskaus wegen seines Vorgehens in der Ukraine sowie der südlichen Peripherie Russlands. Diese und andere Gefährdungen der Sicherheit des Bündnisses würden keine Zurückhaltung in der Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten der Allianz mehr zulassen: „Die NATO benötigt nun mehr denn je moderne, robuste und fähige Streitkräfte mit hoher Reaktionsfähigkeit in der Luft, auf dem Land und zur See, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Wir sind entschlossen, unsere Fähigkeiten weiter auszubauen“⁵⁴. Angekündigt wurde ein „kohärentes und umfassendes Paket an erforderlichen Maßnahmen zur Reaktion auf die für die Bündnispartner belangreichen Veränderungen des Sicherheitsumfelds an den Grenzen der NATO“, die insbesondere infolge der „Herausforderungen durch Russland“ nötig würden. Dieser „Aktionsplan“ beinhalte die „regelmäßige Präsenz und bedeutende militärische Aktivitäten von Luft-, Land-, und Seestreitkräften im östlichen Teil des Bündnisses auf Rotationsbasis“. Im Rahmen der schon existierenden NATO Response Force werde eine „streitkräftegemeinsame NRF-Einheit in höchster Bereitschaft (VJTF)“ aufgestellt; „dieser neue Verband der NATO wird in der Lage sein, innerhalb weniger Tage disloziert zu werden, um auf Herausforderungen zu reagieren, die insbesondere an der Peripherie der NATO entstehen“⁵⁵. Dafür werde „ein angemessenes Hauptquartier und einige zu allen Zeiten feststehende Unterstützungselemente für Verstärkungskräfte in den Hoheitsgebieten der östlichen Bündnispartner“ geschaffen. Beschlossen wurde auch, „den Trend der rückläufigen Verteidigungshaushalte umzukehren, unsere finanziellen Mittel auf die effizienteste Weise zu nutzen und eine ausgewogenere Teilung von Kosten und Verantwortlichkeiten zu fördern“ und sich „innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent (des jeweiligen BIP, d.A.) zuzubewegen, um ihre NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen und Fähigkeitslücken der NATO zu schließen“.

Die geforderte Fortführung der „Politik der offenen Tür“ schlug sich in der Erklärung in der expliziten Nennung Georgiens, Montenegros, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als Aufnahmekandidaten nieder.⁵⁶

Gleichzeitig resultierten aus zunehmenden Problemen, die „Sommeroffensive“ erfolgreich zu Ende zu bringen, neue diplomatische Optionen. Die Separatisten, immer

⁵⁴ Weiter heißt es: „Dazu vereinbarten wir heute ein Verteidigungsplanungspaket mit einer Reihe Prioritäten; dazu gehören: die Ausweitung und Verbesserung von Ausbildung und Übungen, der Führung einschließlich der bei anspruchsvollen Lufteinsätzen, der Nachrichtengewinnung, der Überwachung und Aufklärung, der Cyber-Abwehr und der Fähigkeit der NATO zur Abwehr ballistischer Raketen im Einklang mit den auf den Gipfeltreffen 2010 in Lissabon und 2012 in Chicago gefassten Beschlüssen einschließlich der Freiwilligkeit nationaler Beiträge sowie die Verbesserung der Durchsetzungsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit unserer Landstreitkräfte für die kollektive Verteidigung und die Krisenreaktion“ (NATO 2014b; daraus auch die folgenden Zitate bzw. Angaben).

⁵⁵ Beteiligt sein sollen unter britischer Führung dänische, estnische, litauische, niederländische und norwegische Truppen. Dem Verbund sollen 10.000 Soldaten aus Bodentruppen, Luftstreitkräften, Marineeinheiten und Spezialkräften angehören.

⁵⁶ Dem gegenüber wird in einem einzigen, weit hinten platzierten, neunzeiligen Absatz (§101) die „Zusammenarbeit der NATO mit den Vereinten Nationen“ erwähnt. Lapidar heißt es, dies stärke die internationale Sicherheit, und die Mitglieder Allianz würden „unseren regelmäßigen politischen Dialog in Bereichen von gemeinsamem Interesse (begrüßen)“. Außerdem sei man „entschlossen, Wege zu ergründen, wie wir mehr praktische Unterstützung für Friedensmissionen der Vereinten Nationen“ leisten könnten. Ein siebenzeiliger Absatz erwähnt auch die OSZE (§107). - Ein Jahr später, im Dezember 2015, wurde Montenegro als erstes der genannten Länder offiziell von der NATO eingeladen, die Mitgliedschaft vorzubereiten.

massiver unterstützt von Moskau, drängten in der zweiten Augushälfte 2014 die von Kiew geschickten Truppen und Milizen in die Defensive. Immer höhere Verluste und die Demoralisierung der unzureichend vorbereiteten, ausgerüsteten und bezahlten Streitkräfte einerseits, das Vorrücken der Separatisten in Richtung Süden andererseits bewirkten ein Umdenken in Kiew. Anfang September ging Präsident Poroschenko auf sowohl von Moskau als auch wieder von der EU erhobene Forderungen nach Waffenstillstandsverhandlungen ein. Ein Treffen in der belorussischen Hauptstadt Minsk mit Vertretern Kiews, Moskaus, der ostukrainischen Separatisten und der OSZE erbrachte ein Abkommen, das in den folgenden Wochen den Konflikt auf einem niedrigeren Gewaltlevel einfro; vor allem pro-ukrainische Freiwilligenmilizen sowie kleinere Teile sich der Vereinbarung nicht fügender Separatistenmilizen ließen allerdings immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen aufflackern. Bis dahin hatten nach Angaben der Vereinten Nationen die Auseinandersetzungen bereits mehr als 3.000 Todesopfer gefordert. Die Vereinbarung enthielt neben einer Waffenruhe, einem Gefangenenaustausch und einer Amnestie für Kämpfer weitgehende Zugeständnis für die Neuregelung des Status der nicht unter Kontrolle der Kiewer Regierung stehenden Gebiete im Osten des Landes – selbstredend aber keine Anerkennung der von den dortigen Machthabern proklamierten Unabhängigkeit. Vereinbart wurde außerdem eine OSZE-Monitoring-Mission, die den Waffenstillstand und die Grenze überwachen sollte⁵⁷. Moskau versicherte, man wolle aktiv an der Beruhigung der Situation sowie an der Sicherung der ukrainisch-russischen Grenze mitwirken.

Die EU wiederum sagte wenige Tage später zu, dass eine Reihe von Bestimmungen des am 27. Juni 2014 unterzeichneten Freihandelsabkommens mit der Ukraine zunächst nicht angewandt würden, um den Bedenken Moskaus entgegenzukommen. Dies bezog sich insbesondere auf die Zollschränken und zahlreiche EU-Normen. Vor allem die deutsche Kanzlerin Merkel, aber auch andere Staats- und Regierungschefs hatten auf dem NATO-Gipfel den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko wie auch EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zu mehr Kompromissbereitschaft beim Freihandelsabkommen ermahnt⁵⁸. Begonnen hatten trilaterale Verhandlungen bereits Mitte Juli, als EU-Handelskommissar Karel De Gucht mit den zuständigen Ministern aus Kiew und Moskau vereinbarte, dass alle kritischen Punkte des Abkommens aufgelistet werden sollten, die gegen die Bestimmungen der von Russland geführten Zollunion sprächen. In Brüssel war nach dem NATO-Gipfel und der Minsker Vereinbarung von einem „Lernprozess“ die Rede: Man könne über die enge Verflechtung zwischen der ukrainischen und russischen Wirtschaft nicht hinwegsehen. Ein Abkommen, das dies nicht berücksichtige, sei „unrealistisch“⁵⁹.

Außerdem initiierte die EU Vermittlungsverhandlungen im „Gasstreit“ zwischen der Ukraine und Russland, freilich auch, weil befürchtet wurde, die Regierung in Kiew könnte in Notlagen Gas aus den Pipelines abzweigen, durch die russisches Gas in die EU fließt⁶⁰. Der Kompromissvorschlag der EU auf einem von Energiekommissar Günther Oettinger geleiteten Krisengipfel Ende September in Berlin sah die Zahlung von 3,1 Mrd. Dollar bis Ende des Jahres an Gazprom vor, wofür der Internationale Währungsfond bürge und wegen der Zahlungsunfähigkeit Kiews einspringen sollte⁶¹.

Das Minsker Abkommen wurde nicht nur durch den Extremismus nationalistischer

⁵⁷ OSCE 2014.

⁵⁸ Süddeutsche Zeitung, 12.9.2014a.

⁵⁹ Süddeutsche Zeitung, 12.9.2014b.

⁶⁰ Vergl. Süddeutsche Zeitung, 27./28.9.2014.

⁶¹ Insgesamt beliefen sich die ukrainischen Gasschulden nach russischen Angaben auf 5,3 Mrd. Dollar. (Ebd.)

Gruppierungen auf beiden Seiten unterminiert. Die Ankündigung gesamtukrainischer Parlamentswahlen für Ende Oktober 2014 und die demonstrative Unterstützung dieser Proklamation durch Putin wurden von den separatistischen Regierungen im Osten des Landes zurückgewiesen. Sie kündigten eigene Wahlen an, die Anfang November stattfinden sollten.

An der beschriebenen Konstellation änderten die Ereignisse und Entwicklungen des Jahres 2015 in der Ukraine selbst nur wenig. Neue Anläufe militärischer Machtverschiebungen brachten keinen Durchbruch. Die Mehrheit im ukrainischen Parlament erwies sich auch weiterhin nicht willens, geforderte Autonomieregelungen in der Verfassung zu verankern. Auf Wahlen in den abtrünnigen Regionen auf Basis von allen Seiten akzeptierter Spielregeln konnte man sich ebenfalls nicht einigen. Und das etwa 50 Kilometer lange Stück Grenze der beiden „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk zu Russland ist nach wie vor nicht unter der Kontrolle Kiews.

Es war ein ganz anderes Faktum, das das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland modifizierte: die massive Emigrationswelle aus Syrien und anderen nahöstlichen und nordafrikanischen Ländern nach Europa, die im Spätsommer 2015 einsetzte. Das Interesse an einer Beendigung der Kampfhandlungen und einer Beruhigung der Lage in Syrien sowie an einer Eindämmung des Islamischen Staates, der sich seit 2014 in Irak und Syrien ausbreitete, beeinflusste auch die Prioritäten westlicher Russlandpolitik. Das militärische Eingreifen Moskaus in Syrien auf Seiten des Assad-Regimes und daraus folgende Gesprächs- und Koordinationszwänge mit anderen Interventionsakteuren übten diesbezüglich zusätzlichen Druck aus. Forderungen, das Minsk-Abkommen umzusetzen, d.h. jenen Fahrplan, der zur Beilegung des Konflikts im Südosten der Ukraine mit den beiden von Separatisten ausgerufenen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk von Kiew, Moskau und Brüssel im Herbst 2014 und dann in einem zweiten Anlauf im Frühjahr 2015 vereinbart worden war, wurden nun in stärkerem Maße auch an die ukrainische Führung gestellt. Nicht nur in den Medien geriet der Ukraine-Konflikt angesichts der dramatischen Flüchtlingskrise in den Hintergrund; auch von Seiten westlicher Politik wurde der Ton gegenüber Moskau moderater. Gleichzeitig stieg der Druck westlicher Unterstützer der Kiewer Regierung, interne Reformen voranzubringen, das Land zu konsolidieren und in der Frage der Autonomie nicht zuletzt mit Blick auf die abtrünnigen Regionen Verfassungsänderungen vorzunehmen.

Einen grundsätzlichen Wandel in der Russlandpolitik des Westens und im Verhältnis Russlands zur Europäischen Union und dem Westen insgesamt bedeutete dies freilich nicht. In Bezug auf die Ukraine war der Diskurs nach wie vor von jenen Elementen und Mustern geprägt, die seit dem Ausbruch der Krise im Spätherbst 2013 vorgeherrscht hatten. Eine positive Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses war indes auch nicht ausgeschlossen. Die Interessen beider Seiten legten dies eigentlich nahe. Russland litt mit dem Verfall des Ölpreises mehr denn je an den Wirtschaftssanktionen, die der Westen wegen der Annexion der Krim und der Unterstützung ukrainischer Separatisten im Frühjahr 2014 verhängt hatte. Die Aufhebung der Sanktionen war Voraussetzung für dringend notwendige westliche Investitionen und den Zugang russischer Banken zum internationalen Finanzmarkt. Der Westen wiederum, und hier insbesondere die EU, hatte nicht nur ein erhebliches Interesse, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland wieder auf das Niveau von vor der Krise zu bringen, sondern auch an pragmatischen Lösungen für die Ukraine. Denn wenn sich die ökonomische und politische Krise dort weiter verschärfte, würde nicht nur der vor allem von Europa zu deckende Finanzbedarf für das Land wachsen, sondern auch wieder die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen. Und ein Kollaps der Ukraine hätte einen zusätzlichen Migrationsschub zur Folge. Dies erschien umso brisanter, als es bereits etwa zwei Millionen ukrainische Flüchtlinge gab - Binnenflüchtlinge und solche, die vor allem nach Russland, nach Belarus und nach Polen geflohen waren -, und das Land mit mehr als 40 Millionen Einwohnern zu den bevölkerungsstärksten europäischen Ländern gehört.

Paradoxerweise könnte die Syrien-, Nahost- und Flüchtlingskrise zudem die positive Auswirkung zeitigen, einer Verständigung zwischen Russland und dem Westen in Bezug auf die Ukraine einen gesichtswahrenden Rahmen zu verleihen, der Absprachen und Kompromisse leichter machen könnte. Außerdem ließ die Fokussierung auf den militärischen Einsatz in Syrien, das Abflauen der Kampfhandlungen im Südosten der Ukraine und die Gewöhnung an den mehr oder weniger *frozen conflict* sowie natürlich auch Ermüdungserscheinungen, was die Beschäftigung mit dem Thema anbelangt, den auf die Ukraine bezogenen russischen Nationalismus etwas in den Hintergrund treten. Auf der anderen, der westlichen Seite spielte sich Ähnliches ab, wobei eben die Flüchtlingskrise und die damit einhergehenden sozialen und politischen Begleiterscheinungen und Implikationen die Ukraine als Hauptthemen ablösten. In der Ukraine selbst wurde die Neigung von Politikern, das separatistische Problem mit Gewalt zu lösen, immer geringer, weil schlicht die Ressourcen und auch zunehmend auch die Unterstützung dafür von außen fehlten. Die Bereitschaft der Bevölkerung, sich für eine gewaltsame Lösung zu engagieren, war schon seit dem Herbst 2014 im Abstieg begriffen. Die Machtfraktion des „Georgischen Teams“, das seit 2015 mit dem georgischen Ex-Präsidenten Saakashvili den bedeutsamen Oblast Odessa unter Kontrolle hatte und in unterschiedlichsten Positionen auf zentraler Ebene Funktionsträger stellte, positionierte sich klar gegen eine militärische Lösung und schränkte damit den Spielraum der Nationalisten noch weiter ein. Nicht zuletzt die Abhängigkeit der ukrainischen Führung von westlichen Hilfgeldern, ohne die das Land binnen Tagen bankrott wäre, zwang zu Kompromissbereitschaft.

Freilich gab es viele Unwägbarkeiten, die eine vor diesem Hintergrund möglich erscheinende russisch-westliche Annäherung gefährden oder zunichte machen konnten. Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Ukraine und der bislang trotz massiven äußeren Drucks und externer, nicht in den ukrainischen Machtapparat involvierter Kräfte verschleppten Reformpolitik - was zeigte, welches Beharrungsvermögen die in den vergangenen 25 Jahren geschaffenen Strukturen oligarchischer Herrschaft aufwiesen - könnte es zu neuen Unruhen und einem „neuen Maidan“ kommen. Einige „Externe“, an ihrer Spitze der aus Litauen stammende und erst Ende 2014 in die ukrainische Regierung geholte Aivaras Abromavicius, traten wegen der „Blockade von Wirtschaftsreformen“ und der nach wie vor grassierenden Korruption Anfang Februar 2016 zurück⁶². Wenig später verlor Premier Jazenjuk nach dem Rückzug von Koalitionsparteien aus der Regierung die Mehrheit im Parlament. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hielt wegen uneingelöster Reformzusagen eigentlich zugesicherte Zahlungen in Milliardenhöhe in zurück. Und Moskau verklagte die Ukraine vor einem britischen Gericht wegen ausstehender Schulden. Es ging um drei Milliarden Dollar, die bis Ende 2015 zu begleichen gewesen, aber von Kiew nicht bedient worden waren.

Neue Unruhen würden unweigerlich eine neue Politisierung, Ideologisierung und geopolitische Internationalisierung der internen Auseinandersetzungen zur Folge haben. Sowohl in Russland als auch in Europa würde dies die Frontstellungen von 2014/2015 reaktivieren. Denkbar war allerdings auch, dass es in Russland politische Verschiebungen geben könnte, die eine Veränderung der derzeitigen Ukrainepolitik zur Folge hätten. Die Moskauer Führung hatte offenkundig schon im Sommer 2014 die politische Entscheidung getroffen, den Konflikt nicht zu eskalieren und sich an Verhandlungen mit der ukrainischen Führung sowie Deutschland und Frankreich in Minsk zur Beruhigung der Auseinandersetzungen zu beteiligen.

Solange die ukrainischen Grenzen nicht wieder unter voller Kontrolle Kiews und solange keine rechtlich legitimierte und politisch akzeptierte Ordnung in den Gebieten Donezk und Luhansk etabliert sind, kann der Konflikt von Moskau leicht wieder angeheizt werden, wenn dies politisch opportun erscheint. Auf der anderen Seite könnte bei einem Misserfolg westlicher Konsolidierungspolitik gegenüber der Ukraine die Neigung

⁶² Vergl. Abromavicius 2016.

bestehen, zur Entlastung wieder auf eine antirussische Rhetorik und neue Sanktionen zu setzen. Darüber hinaus ist nicht ausgeschlossen, dass der Politikwechsel in Polen, der im Herbst 2015 die nationalkonservative PiS an die Regierung brachte, und Veränderungen in Washington unter einer neuen Präsidentschaft ab Januar 2017 neue Störfaktoren in die derzeit sich anbahnende Wiederannäherung bringen. Außerdem sind Konfliktszenarien in Syrien und ausgehend vom Syrien-Konflikt denkbar, die mit einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den USA oder auch anderer NATO-Staaten und Russland neue Verhandlungs- und Krisenmanagementoptionen im Ukraine-Konflikt ins Gegenteil umkippen lassen können.

4 Die Ukraine-Krise im Kontext eines Vierteljahrhunderts postbipolarer Weltneuordnungspolitik

Zbigniew Brzezinski hatte schon 1998 in seinem Buch „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives“⁶³ gefordert, Washington müsse den „unipolaren Moment“ nutzen, um seine Ziele in aller Welt zu verfolgen und seine Positionen zu stärken, solange die USA aufgrund ihrer Überlegenheit dazu in der Lage wären. Unter George W. Bush mündete diese unter Neokonservativen wie unter „Internationalisten“ der Demokratischen Partei verbreitete Ansicht nicht nur in die Kriege in Afghanistan und Irak, sondern auch in die Strategie einer möglichst umfassenden Erweiterung der NATO im Nordosten, Osten und Südosten Europas. Die in der Präsidentschaft Bill Clintons noch erkennbare geopolitische Sensibilität⁶⁴ ging angesichts der radikalen Vorstellungen der Führungsriege um den nachfolgenden Präsidenten verloren. Wäre es nach dem Willen des Weißen Hauses gegangen, hätte spätestens der NATO-Gipfel 2008 - wenige Monate vor dem Ende der Amtszeit Bushs - einen Beschluss zur Aufnahme der Ukraine und Georgiens gefällt.

Ein Spannungsverhältnis Moskaus zur Ukraine hatte insbesondere seit der „Orangen Revolution“ 2004 bestanden. Dieses Konfliktverhältnis hatte aber solange keine Folgen in Bezug auf die Infragestellung der Souveränität der Ukraine gezeitigt, solange in der Ukraine eine staatliche Ordnung herrschte. Die Ereignisse im Winter 2013/14, deren Hauptursache in der katastrophalen wirtschaftlichen Situation bestand, in die alle ukrainischen Führungen und zuletzt Janukowytch und die real regierenden Oligarchen das Land manövriert hatten, machten aus der Krise eine Systemkrise. Mit der Internationalisierung der innenpolitischen Konflikte sowie mit der ideologischen und identitären Aufladung, dass es jetzt um eine Entscheidung zwischen Europa und Russland ginge, wurde daraus fast simultan eine Staats- und Souveränitätskrise.

Weiter oben wurde deutlich, dass sich über einen langen Zeitraum in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland Muster herausgebildet haben, die keine eindeutigen Pfadabhängigkeiten generieren, sondern stark zwischen den Polen Annäherung und Abgrenzung oszillieren, wobei in den vergangenen 100 Jahren die Abgrenzungspolitik überwogen und lange Phasen der europäischen und globalen Entwicklung bestimmt hat. Zweitens, dass in der Ära der Postbipolarität die Geopolitisierung von Denk- und Handlungsmustern vorrangig vom Westen ausging und damit nicht nur die ökonomischen und politischen, sondern auch die militärischen Grenzen immer weiter nach Osten in Richtung Russland verschoben wurden. Man könnte grob gesprochen von einer Umkehrung der Entwicklung, bezogen auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sprechen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion war man sich im Westen bewusst gewesen, dass die Beziehungen Russlands zur Ukraine besondere und andere waren als die zu anderen

⁶³ Brzezinski 2004.

⁶⁴ Pradetto 2014b.

Regionen und Republiken der ehemaligen Sowjetunion wie Zentralasien, dem Südkaukasus oder den baltischen Republiken, sowohl in ökonomischer, vor allem aber in politischer, sicherheitspolitisch/ strategischer und historischer Hinsicht. Infolgedessen bestand ein Konsens, dass die Ukraine nicht den gleichen Mustern westlicher Politik wie z.B. gegenüber Polen unterliegen könnte und als „Sonderfall“ zu behandeln wäre⁶⁵. Dieser Konsens löste sich mit Antritt der Präsidentschaft George W. Bushs in Washington 2001 und der Agenda einer ausgreifenden NATO-Osterweiterung, die die Ukraine inkludieren sollte, sowie in der Ukraine selbst im Gefolge des Machtwechsels zu Juschtschenko, Tymoschenko und Jazenjuk 2005 auf.

Die Ablehnung eines Beschlusses über die Aufnahme der Ukraine in die NATO 2008 durch westeuropäische Mitglieder und die Wahl von Janukowytsch, der außenpolitische Neutralität versprach, zum Präsidenten 2010 beruhigten die Lage nur vorübergehend. Die Systemkrise im Winter 2013/14 und der Machtwechsel im Februar 2014 unter Einmischung externer Akteure führten zur Konfrontation auch zwischen dem Westen und Russland. Dafür, dass aus der Ukraine-Krise und den damit verbundenen internationalen Implikationen längerfristig eine neue transatlantische Gemeinsamkeit resultiert - wie die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Wales suggerieren - , spricht allerdings wenig. Nach der (eventuell auch nur vorläufigen) Abschwächung des gewaltsamen Konflikts mit den Separatisten in der Ukraine im Jahre 2015 rückten einerseits wieder die zugrunde liegenden internen ökonomisch-sozialen und politischen Probleme und der innenpolitische Streit um Ressourcen und Positionen in den Vordergrund. Und im Westen begannen wieder stärker die Frage der Kosten eine Rolle zu spielen, die die Westanbindung der Ukraine und ihre Abhängigkeit von westlichen Geldgebern verursacht, ebenso wie die Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit der gegen Russland verhängten Sanktionen.

Der Krieg in der Ukraine machte das Land noch ärmer, noch instabiler und noch bedürftiger als 2013. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Ukraine im Human Development Index (HDI), dem von den Vereinten Nationen genutzten Gradmesser für die Lebensqualität von Nationen, auf Platz 83 gelegen (2012 noch 78), zwischen Peru auf Platz 82 und Belize 84 (zum Vergleich: Russland 2013 auf Platz 57, Belarus sogar auf 53 - beide besser als das EU-Mitglied Bulgarien). In Europa stehen nur Albanien, Bosnien-Herzegowina und Moldawien schlechter da.

Die Ukraine benötigt (nach Schätzungen von 2015) in den nächsten Jahren weit mehr als 30 Mrd. US\$, um ihre Schulden zu bedienen. Dabei ist noch nicht unzureichend berücksichtigt, dass die ukrainische Wirtschaftsleistung 2015 nochmals um 10 Prozent einbrach. Der Großteil der finanziellen Aufwendungen, die für die Rekonstruktion der ukrainischen Wirtschaft und für den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen extern zu leisten ist, wird also von der EU und von internationalen Finanzorganisationen getragen werden müssen. Russland dürfte kaum bereit sein, einer westorientierten Ukraine zu helfen, wie dies zumindest partiell in den zwei Jahrzehnten nach der Auflösung der Sowjetunion der Fall gewesen war, als man die Strategie verfolgt hatte, die Ukraine im postsowjetischen Wirtschaftsraum und neutral zu halten. Die USA bieten vor allem Militärhilfe und Rüstungsgüter an. Ökonomisch sieht Washington vor allem Brüssel in der Pflicht.

Zumindest kurzfristig kann aber nicht einmal mit einer demokratischen Konsolidierung des Landes gerechnet werden, weil die ökonomischen und sozialen Verhältnisse und die politischen Strukturen vermutlich wie ehemals in Russland nur dann eine Stabilisierung zulassen, wenn diese gegen die Ansprüche, Erwartungen, Interessen und Wünsche einer großen Zahl unterschiedlicher sozialer Gruppen und Kräfte durchgesetzt wird. Unter den gegebenen Bedingungen droht die Ukraine - soll eine durchgreifende Reform- und

⁶⁵ Vergl. Cziomer 2004: 186ff.; Knapp 2004: S. 155; Umbach 2004: S. 291ff., 309f.; Pradetto 2004a: S. 10, 21; Pradetto (Hrsg.) 1997; Hacke 1997; Karaganov 1995.

Konsolidierungspolitik durchsetzbar sein - so sehr eine „gelenkte Demokratie“ zu werden wie Russland. Das heißt nicht, dass es für die EU unter den gegebenen Voraussetzungen Alternativen zu finanziellen Unterstützungsleistungen gäbe. Die Krise und ihre Ergebnisse – wie auch immer sie im Einzelnen aussehen mögen – stellt die Union vor Dilemmata, denen sie sich nicht entziehen kann. Anzeichen einer realistischeren Sicht der Verhältnisse im postsowjetischen Raum durch Brüssel bestehen nicht nur in einer zunehmenden Konditionierung finanzieller Hilfen und Druckausübung auf die politische Führung in Kiew, sondern auch in der Aufhebung von Sanktionen gegen Belarus Anfang 2016. Das bis dato als „letzte Diktatur Europas“ gescholtene Land ist nicht nur wirtschaftlich erheblich erfolgreicher und politisch ungleich stabiler als die Ukraine, sondern hat auch Zehntausende ukrainische Flüchtlinge aufgenommen.

Wird die Frage gestellt, ob und wie sich eine Eskalation der Spannungen und der Abgrenzungen hätte vermeiden lassen, welche Fehler für die negativen Entwicklung entscheidend waren, und welche alternativen Vorgehensweisen es gegeben hätte, dann kann folgendes resümiert werden.

Der Grundfehler bestand in einer mutwilligen Geopolitisierung der Neugestaltung der post-bipolaren Ordnung. Die Außenpolitik westlicher Länder und die Bemühungen im Bereich internationaler Politik um den Ausbau der ökonomischen, politischen und sicherheitspolitischen Kooperationsformen, also die institutionelle Verflechtung zwischen Ökonomien, Gesellschaften und politischen und sicherheitspolitischen Strukturen zu fördern – etwa durch die Europäische Union und die OSZE –, wurden teilweise überlagert und konterkariert durch eine Erweiterung und den Ausbau militärischer Strukturen des Westens und der USA sowie vor allem im Nahen und Mittleren Osten durch eine offensive, militärisch gestützte Regimewechselpolitik, die geopolitischen Mustern folgte und entsprechende Reaktionen bei anderen, nicht-westlichen Akteuren hervorriefen. Der Verlust geopolitischer Sensibilität infolge globaler Machtverschiebungen resultierte in einer abnehmenden Rücksichtnahme gegenüber Interessen und Befindlichkeiten Dritter. Die postbipolare Stärkeposition des Westens hätte besser genutzt werden können, um kooperative Strukturen in ökonomischen, politischen, sicherheitspolitischen und kulturellen Bereichen zu stärken und zu weitergehenden Vereinbarungen und Abkommen im Bereich des internationalen Rechts, der Menschenrechte und der Abrüstung zu gelangen. Stattdessen wurde das Bemühen um eine solche Entwicklung, das nach der Implosion des Ostblocks vor allem bei einigen europäischen Eliten durchaus vorhanden war, ab 2001 durch konfrontative Politikmuster ersetzt und konterkariert und der „unipolare Moment“ genutzt, um neue Einflussphären durch militärische Expansion abzusichern.

Auch in den USA gab es autoritative Stimmen, die von Anfang an vor dieser Art von Politik warnten, und zwar vor allem aus dem Kreis der „Neorealisten“⁶⁶. George Kennan schrieb schon 1998 kurz nach dem ersten Beschluss der NATO-Osterweiterung, dies wäre ein „tragischer Fehler“, für den es „absolut keine Veranlassung“ gäbe, denn „niemand hat irgendjemand anderen bedroht“. Diese „Fehlentscheidung“ werde sich aber negativ auf die russische Politik auswirken⁶⁷. John Mearsheimer resümierte in der September/Okttober-Ausgabe 2014 von *Foreign Affairs*, nicht Putin, sondern der Westen trüge die Hauptschuld an der Krise in der Ukraine. Diese sei vor allem der Kurzsichtigkeit und

⁶⁶ Paradigmatisch siehe den Offenen Brief von mehr als 40 früheren US-Senatoren, Ministern, Botschaftern, Rüstungskontroll- und Außenpolitikexperten an Bill Clinton, die im Juni 1997 - einen Monat vor dem Madrider Gipfel - vor einer NATO-Osterweiterung warnten, unter ihnen George Bunn, Bill Bradley, David Calleo, Richard Davis, Gordon Humphrey, Carl Kaysen, Edward Luttwak, Michael Mandelbaum, Richard McCormack, Robert McNamara, Paul Nitze, Sam Nunn, Richard Pipes, Paul Warnke und James Watkins. Vergl. Open Letter to President Clinton 1997.

⁶⁷ Zit. n. Mearsheimer 2014.

Fehlerhaftigkeit seiner Erweiterungspolitik und der personellen und finanziellen Unterstützung von Kräften zu danken, die gegen die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine agierten – in der Hoffnung, nicht nur die Ukraine schneller zu „verwestlichen“, sondern hierüber auch in Russland solche Prozesse beschleunigen zu können⁶⁸. Den Coup gegen Janukowytsch und für die Einsetzung von Jazenjuk als Regierungschef hätten die USA befürwortet und unterstützt. „Kein russischer Führer könnte es tolerieren, dass eine militärische Allianz, die bis vor Kurzem noch ein tödlicher Feind Moskaus war, in die Ukraine geht“, aber alle Warnungen von russischer Seite wären in den Wind geschlagen worden⁶⁹.

In den USA manifestierte sich der Konnex Geopolitisierung und Demokratisierungsimpetus bzw. Regimechange-Politik in der Auseinandersetzung zwischen einer größeren Gruppe von „Neorealisten“ und „liberalen Internationalisten“, der schon in den 1990er Jahren eingesetzt hatte. Erstere warfen Letzteren vor, sie blendeten in der internationalen Politik Fragen der militärischen Balance, des strategischen Gleichgewichts und der Verschiebung von Machtpotenzialen sowie daraus resultierende Sicherheitsdilemmata weitgehend aus. Tatsächlich verabsolutierten die Internationalisten den liberalen Demokratisierungsansatz in zweifacher Hinsicht: erstens hinsichtlich des Anspruchs zu definieren, wann in Bezug auf Objekte liberaler Demokratisierungspolitik von Demokratie und Demokraten gesprochen werden könne und wann nicht; und zweitens in Bezug auf die Gleichsetzung westlicher Außenpolitik mit legitimer Verfolgung und Etablierung von Demokratie. Aus dieser Auffassung resultierte die selbst erteilte Lizenz zur externen Einmischung und zur Unterstützung jener Kräfte, die man für Demokraten hielt oder zu solchen erklärte. Und daraus folgte simultan die Vernachlässigung oder sogar Negation der Lagebeurteilung unter strategischen Aspekten: Da dem Westen a priori die Legitimität der Unterstützung „demokratischer Kräfte“ und des Demokratieexports zugesprochen wurde, spielten bei der Analyse der Lage strategische Aspekte kaum eine Rolle.

Das Denken der „liberalen Internationalisten“ zeichnete sich bereits unter Clinton dadurch aus, dass die USA und der Westen insgesamt schlicht nicht als Faktor eines Sicherheitsdilemmas existierte. Vergleiche mit westlichem Verhalten in analogen Situationen blieben deshalb außerhalb des Horizonts politischen liberalen Denkens bzw. wurden abgelehnt⁷⁰. Diesem *mindset* der Identifizierung des Westens mit dem

⁶⁸ Mearsheimer verweist u.a. auf Gershman 2014: „Russian democracy also can benefit from this process. Ukraine’s choice to join Europe will accelerate the demise of the ideology of Russian imperialism that Putin represents. (...) Russians, too, face a choice, and Putin may find himself on the losing end not just in the near abroad but within Russia itself.“

⁶⁹ Mearsheimer 2014. – Mearsheimer verweist außerdem auf Victoria Nuland, die Staatssekretärin für europäische und eurasische Angelegenheiten, die im Dezember 2013 öffentlich kundgetan hatte, die Vereinigten Staaten hätten seit 1991 fünf Milliarden Dollar investiert, damit die Ukraine „die Zukunft“ bekäme, „die sie verdient“. Außerdem verweist Mearsheimer auf ein abgehörtes und veröffentlichtes Telefonat Nulands, in dem sie die Rolle der USA bei der Absetzung von Janukowytsch angesprochen habe.

⁷⁰ Genau solche Vergleiche zieht typischer Weise z.B. der Neorealist Mearsheimer: „Imagine the American outrage if China built an impressive military alliance and tried to include Canada and Mexico.“ Und in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, sich einer Allianz anzuschließen: „Did Cuba have the right to form a military alliance with the Soviet Union during the Cold War?“ (Mearsheimer 2014) – James Bindenagel, ehemals Gesandter an der US-Vertretung in Ost-Berlin und später an der Botschaft in Bonn, sprach im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise ebenfalls von einem „Fehler des Westens, Georgien und der Ukraine 2008 die Vorstufe zu einer Nato-Mitgliedschaft anzubieten“, der einen „Affront gegen Russland“ dargestellt und im Ergebnis zur „Invasion Russlands in Georgien“ geführt habe, was „damals schon den Angriff auf die Ukraine vorausahnen“ habe lassen (Bindenagel 2014).

demokratischen Guten entsprach der Rückgriff auf die Charakterisierung dessen, der diese Vorstellung nicht akzeptierte, als das autokratische Böse. Was wiederum in der Eigenwahrnehmung zu einer konfrontativen Politik ermächtigte, um das Böse einzudämmen und dem Guten zum Durchbruch zu verhelfen. Dieser eingeschränkte Blickwinkel erklärt auch das frappierende Unverständnis theoretischer Grundlagen und historischer Entwicklungen, das in der Denunziation der „Neorealisten“ als „Putinverstehler“ in einem Teil des deutschen Diskurses zum Ausdruck gelangt.

Geht man unter institutionalistischen Gesichtspunkten von der Existenz eines Zielkonflikts aus, einerseits neben der EU auch über die NATO in Europa möglichst schnell eine „Zone des Wohlstands, der Demokratie und des Friedens“ schaffen zu wollen, wie es in den Dokumenten heißt, die diese Politik begründeten, und andererseits die damit verbundenen geopolitischen Friktionen möglichst gering zu halten, wäre insbesondere gegenüber Russland eine viel stärkere Einbindung in NATO und EU angebracht gewesen. Stattdessen wurde trotz voraussehbarer Probleme, die die Anwendung geopolitischer Muster auf die letzte „Zwischenzone“ hin zu Russland zu zeitigen drohte, diese Politik auch in die Ukraine weitergeführt. Dass die EU sich daran beteiligte und ihre Nachbarschaftspolitik gegenüber dem Osten Europas vor allem bilateral konzipierte, statt eine regional-multilaterale, Russland inkludierende Strategie zu verfolgen⁷¹, hat in der Konsequenz die Identifikation Russlands mit Europa (und die damit verbundene Affinität zu internationalen Normen) geschwächt⁷².

Das Assoziationsabkommen, das die EU der Ukraine anbot, war unzureichend durchdacht, unzureichend vorbereitet und mit falschen, weil nicht auf den Sachverhalt des Abkommens bezogenen Bedingungen verknüpft. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage des Landes und der russischen Position in Bezug auf den Energiebedarf sowie die Absatzmärkte der Ukraine stellte es gar keine realistische Basis für eine mit dem Abkommen konnotierte Neuorientierung der Ukraine dar. Es ist zu bezweifeln, dass einer der europäischen Politiker, die sich über die Ablehnung so empörten, das EU-Abkommen dem 15-Mrd.-\$-Vertrag mit Moskau vorgezogen hätten⁷³, wären sie anstelle von Janukowytsch in Verantwortung für die Ukraine gestanden. Janukowytsch erreichte außer dem Kredit eine Senkung der Gaspreise und diverse Handelsabkommen, was bedeutete, dass die Ukraine über den Winter 2014 kommen, eine Zahlungsunfähigkeit vermeiden und der russische Markt erhalten bleiben würde⁷⁴. Tatsächlich wurde der EU von unterschiedlicher Seite fehlender Realismus und Dilettantismus vorgeworfen⁷⁵. Nach dem Scheitern wurde das EU-Abkommen von Brüssler Politikern auch noch zu einer geopolitischen und identitären Frage stilisiert, die der ukrainischen Führung eine Entscheidung zwischen der EU und Russland abverlangte⁷⁶.

Ideologisch und wirtschaftspolitisch standen hinter dem von der EU präsentierten Assoziationsabkommen neoliberale Vorstellungen, die weder die reale Lage in der Ukraine noch die Verflechtung mit vor allem der russischen Wirtschaft noch die Auswirkungen auf Abkommen zureichend in Rechnung stellte, die die Ukraine mit Dritten geschlossen hatte. Die Vereinbarung sah den Abbau von Handelsschranken, die

⁷¹ Vergl. Pirinski 2014.

⁷² Vergl. Hopf 2007.

⁷³ Vergl. Heinemann-Grüder 2014.

⁷⁴ Vergl. Malygina, Katerina (2013): S. 5.

⁷⁵ Vergl. die Ausführungen von Ex-Außenminister Joschka Fischer in Süddeutsche Zeitung 8.1.2014, S. 2; ähnlich kritisch Helmut Schmidt in Spiegel-Online, 16.05.2014.

⁷⁶ Zu geopolitischen Implikationen des Assoziationsabkommens mit der Ukraine vergl. Richter 2014.

fast vollständige Beseitigung von Zöllen und die Angleichung technischer Normen sowie Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit nach EU-Standards vor. Ziel war, einen neuen, großen Markt für die EU zu öffnen und die ukrainische Wirtschaft unter Modernisierungsdruck zu setzen⁷⁷. Der ukrainische Präsident dachte offenbar noch bis zur Gipfeleröffnung in Vilnius, er könne für seine Unterschrift unter das von der EU gewollte Abkommen erheblich mehr erreichen als die von Brüssel angebotene eine Milliarde Euro. Das Zusammenwirken dieser Pokerpolitik Kiews und der beschränkten Weitsicht Brüssels führte dann zu der bekannten Situation auf dem EU-Gipfel sowie zu einer Reaktion vor allem der für das Abkommen verantwortlichen Beamten und Politiker in Brüssel, die zwischen Beleidigtsein und Empörung oszillierte.

In Berlin wurde man sich der Problematik des Abkommens wenigstens teilweise bewusst. Schon kurz nach Eklat der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens bekundete Angela Merkel Missfallen, dass die Ukraine sich zwischen der EU und einer Zollunion mit Russland zu entscheiden hätte. Auf einem EU-Gipfel im Dezember 2013 ließ sie verlauten, eine Mitgliedschaft in zwei Zollunionen sei „heute“ gar nicht möglich, und man werde mit Russland darüber sprechen müssen, „wie wir aus diesem Entweder-oder herauskommen“⁷⁸.

Die Vorgehensweise Brüssels spiegelte solcherart eine Komplementarität ideologisierten, die realen Gegebenheiten negierenden neoliberalen Denkens und Handelns nach außen sowie dadurch ausgelöster Geopolitisierung nicht nur in der NATO, sondern auch in der EU wider; was nicht verwunderlich ist: Es handelt sich ja weitgehend um die gleichen Führungspersönlichkeiten, die über die außenpolitische Ausrichtung der beiden Organisationen entscheiden⁷⁹. Die dadurch befeuerte Unruhe in der Ukraine wurde nicht als Warnung davor verstanden, die innerukrainischen Richtungsdebatten zu polarisieren, sondern zum Anlass genommen, um den Ton gegenüber der ukrainischen und russischen Führung zu verschärfen. Die nach der Ablehnung des Assoziationsabkommens von Kiew mit Moskau geschlossene Vereinbarung wurde nicht selbstkritisch als zumindest teilweise der eigenen Politik geschuldeter Fakt akzeptiert. Vielmehr wurde sie einer Art hinterhältiger Strategie des ukrainischen Präsidenten und seiner halbkommunistischen Hintermänner in Moskau zugerechnet, die die Prinzipien einer freien Marktwirtschaft nicht akzeptieren wollten und für den „Eklat“ verantwortlich seien. Bei dieser Argumentation dürften freilich auch Legitimationsbedürfnis und Selbstschutz eine Rolle gespielt haben; mit dem Finger auf Moskau zu zeigen und zu behaupten, nicht man selbst, sondern Putin sei schuld an dem Debakel, versprach von eigenen Fehlern abzulenken.

Angesichts der innenpolitischen Lage in der Ukraine, der sozialen Spannungen und des fehlenden Konsenses über den innen- und außenpolitischen Kurs des Landes war es ein schwerwiegender Fehler, Öl ins Feuer zu gießen und eine politische Opposition zu unterstützen, die nur ein Jahr vor der anstehenden nächsten Präsidentenwahl die Gelegenheit ergreifen wollte, den amtierenden Präsidenten zu stürzen, um selbst an die Macht zu kommen. Anstatt von Seiten der Europäischen Union auf absolute Gewaltfreiheit, auf innenpolitische Verhandlungen und Kompromissfindung sowie darauf zu setzen, die Zivilgesellschaft gegen die Oligarchen und ihre Parteien (und das heißt auch gegen Parteiführer wie Tymoschenko und Jazenjuk) zu stärken, sodass bei den regulär vorgesehenen Wahlen 2015 patriotische und auf das Gesamtwohl des Landes

⁷⁷ Als unmittelbaren geldwerten „Vorteil“ für die Ukraine wurde von EU-Diplomaten bezeichnenderweise angeführt, dass ukrainische Exporteure infolge des Abkommens jährlich fast 500 Mio. Euro einsparen könnten. Vergl. Süddeutsche Zeitung 2014b.

⁷⁸ Süddeutsche Zeitung, 12.9.2014b.

⁷⁹ Zu geopolitischen Implikationen des Assoziationsabkommens mit der Ukraine vergl. Richter 2014.

orientierte Kräfte an Macht kämen⁸⁰, unterstützte Brüssel diejenigen, die schon mehrfach ihre Unfähigkeit bewiesen hatten und sich nun unter politisch und rechtlich dubiosen Bedingungen die Macht wieder aneignen wollten.

Es handelte sich um jene Kräfte, die in der „Orangen Revolution“ von 2004 gesiegt, danach aber das Land derart heruntergewirtschaftet hatten, dass die Mehrheit der Ukrainer sie sechs Jahre später nicht mehr an der Regierung sehen wollte. Die Neuwahlen 2015 wollten diese Politiker nicht abwarten, offenkundig auch wegen der Unwägbarkeit, eventuell noch einmal für weitere fünf Jahre (oder länger) von einem Neuling oder einen von der Partei der Regionen erfolgreich platzierten Ersatzkandidaten für den desavouierten Janukowytsch politisch an die Wand gedrängt und von den Futtertrögen der Macht ferngehalten zu werden. Sie sahen die Chance, über eine „Mobilisierung der Straße“ und ihre demonstrative Unterstützung des von der EU angebotenen Assoziierungsabkommens sowie einer Denunziation Janukowytsch' als antiwestlichen, Moskau hörigen Politiker ihre politischen Ziele umzusetzen.

Die Enttäuschung und auch die Wut, die Politiker der EU über die Nichtunterzeichnung des Assoziationsabkommens zeigten, wurden von der Opposition um Jazenjuk und Tymoschenko als Chance begriffen, die eigenen Ambitionen schneller durchsetzen zu können, als man es noch im Sommer 2013 zu hoffen gewagt hatte. Jazenjuk, der nach dem Sturz und der Flucht von Janukowytsch vom Parlament zum Premierminister ernannt werden sollte, hatte als Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 2010 ganze 6 Prozent der Stimmen bekommen. Der für seine enge Verbundenheit mit Washington bekannte Politiker konnte nicht damit rechnen, dass er 2015 viel erfolgreicher sein würde. Tatsächlich schaffte er es innerhalb eines Jahres trotz der Unterstützung durch Washington, Brüssel, diverser Oligarchen und der ausgiebigen Möglichkeit der Selbstinszenierung als „Reformer“ und „Kämpfer für das Vaterland“ in den Medien, bei Umfragen auf einen Tiefstwert von zwei Prozent Zustimmung abzustürzen. Bei den Kommunalwahlen im September/ Oktober 2015 verzichtete er deshalb auf eine eigenständige Teilnahme seiner Partei und schloss sich stattdessen dem „Block Poroschenko“ an.

Nicht die Ukraine und ihre gravierenden Probleme standen im Mittelpunkt der Suche nach einem Lösungsansatz für die Verwerfungen, die sich im Winter 2014 zeigten⁸¹. Viel bedeutsamer waren für Brüssel offenkundig das eigene Image und das eigene Prestige, das man durch die Nichtunterzeichnung des Assoziationsvertrags beschädigt sah, und das Gewinnen in einer Auseinandersetzung, die man als Ringen zwischen dem Westen und Russland um den größten europäischen Flächenstaat westlich von Russland wahrnahm bzw. inszenierte. Konsequenterweise wurden die Proteste auf dem Maidan verzerrt mit einem ukrainischen Volk gleichgesetzt, das in toto in den Westen wollte, und eine Dichotomie: westorientierte Ukraine auf der einen, Janukowytsch und Putin auf der anderen Seite konstruiert, die mit den Realitäten im Land wenig zu tun hatte. Die Konsequenz war, dass man die zunehmenden Anzeichen einer Gegenbewegung, von Autonomiebestrebungen und des Verlusts von Loyalität der Sicherheitskräfte gegenüber Kiew im Osten und Süden des Landes zuerst nicht mitbekam, und als sie sich nicht mehr leugnen ließen, als das Werk einiger Anhänger des geflüchteten Präsidenten sowie Moskaus interpretierte⁸².

An den Notwendigkeiten der Stabilisierung einer auseinander brechenden und sich in Auflösung staatlicher Strukturen befindlichen Ukraine ging diese Politik nicht nur vorbei, sondern sie intensivierte die Erosion noch. Notwendig gewesen wäre eine ganz andere Art des Krisenmanagements. Unter Beteiligung der USA, der EU, internationaler

⁸⁰ Vergl. Lindner 2014.

⁸¹ Vergl. Lindner 2014.

⁸² Vergl. Süddeutsche Zeitung, 6.8.2014.

Finanzorganisationen und Russlands hätte versucht werden müssen, die innenpolitischen Kräfte in der Ukraine zu bewegen, einem politischen Neuanfang zuzustimmen: übergangsweise eine nationale Notstandsregierung zu bilden oder eine Technokratenregierung zu akzeptieren, der die westlichen Staaten und Organisationen gemeinsam mit Russland, von dem die Ukraine in der Energieversorgung wie in Bezug auf Exportmärkte abhängig war, helfen, den drohenden Bankrott zu verhindern; solcherart die politischen Voraussetzungen zu schaffen, um eine Reformpolitik in Angriff nehmen zu können, die nicht von vornherein durch Partikularinteressen konterkariert wird. Angesichts der ökonomischen Situation in der Ukraine hätten die potenziellen externen Geldgeber einen massiven Hebel in der Hand gehabt, um Konzessionen der ukrainischen Konfliktparteien zu erzielen, zumal angesichts der weitgehenden Aversion in der ukrainischen Bevölkerung gegen ihre politische „Elite“ die Unterstützung von Seiten der Zivilgesellschaft hoch gewesen wäre.

Stattdessen erfolgte die Unterstützung derer, die sich auf dem Maidan das Label „Europa“ ans Revers hefteten, und die Geopolitisierung des Konflikts. Der Unterstützung der „pro-westlichen“ Parteien und Kräfte durch westliche Regierungen und Organisationen folgte die Unterstützung „pro-russischer“ Kräfte durch Moskau. Der Besetzung öffentlicher Gebäude durch Gewaltgruppen in Kiew folgte die gewaltsame Besetzung von administrativen Einrichtungen in Osten und Süden des Landes. Der dubiosen Abstimmung über die Einsetzung Turtschinows als Übergangspräsident und Jazenjuks als Premier in der Hauptstadt folgte die illegale Abstimmung über die Abspaltung von der Ukraine durch das Parlament der Krim. Der Doktrin von der Zugehörigkeit der Ukraine zum Westen sowie dass „kein Drittland ein Veto gegen die NATO-Erweiterung“ habe⁸³, folgte die „Putin-Doktrin“ von der Krim als seit jeher „integraler Bestandteil Russlands“⁸⁴. Den Söldnern aus den USA folgten die aus Russland.

Jede beteiligte Partei fand die Partner, die sie brauchte und von der sie sich bestärkt fühlte, ihre Interessen ohne Kompromissfindung durchsetzen zu können: die politisch organisierte Opposition in der Ukraine, die unter Umgehung demokratischer und legaler Prozesse an die Macht kommen wollte, suchte und fand auswärtige Unterstützung in den USA und in der EU; die EU, die ihr Assoziationsabkommen gegen den gewählten Präsidenten Janukowytsch und Russland durchsetzen wollte, fand sich durch die Parteien und Politiker der Anti-Janukowytsch-Koalition bestätigt; Washington mit seiner Politik der Vorbereitung einer neuen Runde der Erweiterung der Allianz ebenso; Russland sah mit der Krise in der Ukraine, dem Westkurs derer, die innerhalb kurzer Zeit den Maidan dominierten, mit der Gegenbewegung im Süden und Osten des Landes, der Entwicklung auf der Krim und in einigen östlichen Provinzen die Chance, mit der Intervention in der Ukraine und der Unterstützung der Separatisten nationalistischen Emotionen und strategischen Zielen, vor allem einer Ausdehnung der NATO auf die Ukraine und damit in der Sicht Moskaus auch auf „russische Erde“ zuvorzukommen. In der Logik dieser Eskalation lagen die immer schrilleren Schuldzuweisungen und wechselseitigen Bestätigungen, wie bösartig die andere Seite agierte.

Für den Westen bleibt festzuhalten: Nach Afghanistan, Irak, Libyen und anderen weniger spektakulären Fällen ist die Ukraine ein weiteres Beispiel dafür, wie die Chancen, die das Ende des Kalten Krieges geboten hat, verspielt und stattdessen neue Probleme kreiert wurden. Der Verantwortung und den Herausforderungen, die die Schaffung neuer nationaler und internationaler Ordnungssysteme nach dem Zusammenbruch von Kommunismus und bipolarer Weltordnung bedeuten, waren die zuständigen Politiker sowohl in der Ukraine als auch in Moskau und ebenso im Westen jedenfalls nur unzureichend gewachsen. Nähme Moskau eine maßgebende Position in einer neuen

⁸³ NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen auf einem Außenministertreffen der Allianz im Juni 2014. Vergl. Mearsheimer 2014.

⁸⁴ Putin 2014.

Weltordnung ein, wäre nicht weniger Geopolitik zu erwarten als vom Westen. Das legen die dominanten Muster außenpolitischen Verhaltens in der russischen Geschichte und die Schablonen nahe, die aktuell die Moskauer Politik bestimmen. Von anderen europäischen Politikern konnte infolge der Erfahrungen mit zwei Weltkriegen, die sich hauptsächlich auf europäischem Boden abspielten, und mit dem Scheitern jeweils nachfolgender Versuche, funktionierende regionale und globale *security communities* zu schaffen, nach einem jahrzehntelangen Kalten Krieg mehr erwartet werden.

Literaturverzeichnis

- Abromavicius, Aivaras: Regierung braucht Neuanfang. Interview mit Deutsche Welle, 15.2.2016.
- Amerika Dienst (2014): US-Außenpolitik. Amerikanische Unterstützung für die Ukraine: eine Übersicht. <http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2014/04/24/amerikanische-unterstuetzung-fur-die-ukraine-eine-ubersicht/> (abgerufen am 8.3.2016)
- Antoniou, Bogdan (2001): The Origins of the Cold War: A Historiographical Review. In: Euro-Atlantic Studies Nr.3, Editura Universității București. S. 33-46.
- Auswärtiges Amt (2014a): Die Östliche Partnerschaft. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Oestliche%20Partnerschaft_node.html (abgerufen am 31.07.2014)
- Auswärtiges Amt (2014b): Europäische Nachbarschaftspolitik. http://www.auswaertiges-amt.de/sid_FE97156594803848F7CEF7DB3E0437EE/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Nachbarschaftspolitik.html?nn=336308 (abgerufen am 31.07.2014)
- Bartoszewski, Wladyslaw (2014): „Wir haben nichts vergessen“. Interview mit Wladyslaw Bartoszewski. Süddeutsche Zeitung, 30./31.8.2014.
- Baumgartner, Craig S. (2013): Russia's Strategic Window of Opportunity in Eurasia. US Army War College. Institute for National Security and Counterterrorism. http://insct.syr.edu/wp-content/uploads/2013/02/AWCReport_2013_Baumgartner_FINAL.pdf (abgerufen am 8.3.2016)
- Becker, Christian (2011): Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: Grenzen und Möglichkeiten der Kooperation autoritärer politischer Systeme. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Bell, Daniel (1960): The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties. Glencoe/ Ill: Free Press.
- Bender, Peter (1981): Das Ende des ideologischen Zeitalters. Berlin: Severin and Siedler.
- Bindenagel, James D. (2014): Putins Angst. Süddeutsche Zeitung, 3.9.2014, S. 2.
- Blank, Stephen J. (Hg.) (2011): Russian Military Politics and Russia's 2010 Defense Doctrine. SSI Monograph, Carlisle. http://www.clingendael.nl/sites/default/files/20110300_haas_doctrine.pdf (abgerufen am 8.3.2016)
- Boulding, Kenneth E. (1969): National Images and International Systems, in: James N. Rosenau (Hg.), International Politics and Foreign Policy. A Reader in Research and Theory. New York: Free Press. S. S. 22-35.

Bracher, Karl Dietrich (1982): *Zeit der Ideologien: eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: DVA.

Brzezinski, Zbigniew (2004): *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. 8. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Bullough, Oliver (2014): Vladimir Putin: The rebuilding of 'Soviet' Russia. In: BBC News Magazine 28.03.2014. <http://www.bbc.com/news/magazine-26769481> (abgerufen am 8.3.2016)

Cziomer, Erhard (2004): Polen und die zweite NATO-Osterweiterungsrunde. In: Pradetto, August (Hrsg., 2004b).

Der Spiegel (19.02.1990): „Wir müssen es behutsam tun.“ Der Spiegel 8/1990, S. 16-18.

Der Spiegel (28.07.2014): „Stoppt Putin jetzt!“ Der Spiegel 31/2014.

Desai, Raj M./ Vreeland, James Raymond (2014): What the new bank of BRICS is all about. In: The Washington Post (17.07.2014) <http://www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2014/07/17/what-the-new-bank-of-brics-is-all-about/> (abgerufen am 8.3.2016)

Der Standard (6.8.2014): „Uno: 730.000 flohen aus der Ostukraine nach Russland“, S. 1.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (2014): Münsteraner Erklärung. <https://docs.google.com/file/d/0B6z287ckIQd-Z3JzX29PQ2s2eVU/edit?pli=1> (abgerufen am 8.3.2016)

Deutsche Welle (11.4.2014): „Schäuble wirbt für transatlantische Partnerschaft.“ <http://www.dw.de/schäuble-wirbt-für-transatlantische-partnerschaft/a-17561570> (abgerufen am 8.3.2016)

Deutsche Welle (8.5.2014): „Wie der Westen ukrainische Reformen sponsert.“ <http://www.dw.de/wie-der-westen-ukrainische-reformen-sponsert/a-17619939> (abgerufen am 8.3.2016)

Deutsche Welle (13.8.2014): „Ukrainischer KP-Chef auf Europa-Tour.“ http://www.dw.de/ukrainischer-kp-chef-auf-europa-tour/a-17849477?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html-newsletter (abgerufen am 8.3.2016)

Deutsche Welle (17.8.2014): „Russlands Kampf gegen NGOs mit Auslandsbeziehungen.“ http://www.dw.de/russlands-kampf-gegen-ngos-mit-auslandsbeziehungen/a-17849610?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html-newsletter (abgerufen am 8.3.2016)

Die Bundesregierung (2013): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum EU-Gipfel "Östliche Partnerschaft" am 28./ 29. November 2013 in Vilnius <http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2013/2013-11-18-merkel-oestl-partnerschaften.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Elder, Miriam (2011): Putin's grand vision: a new Eurasian bloc with old Soviet neighbours. In: The Guardian online (04.10.2011). <http://www.theguardian.com/world/2011/oct/04/putin-grand-vision-eurasian-bloc> (abgerufen am 8.3.2016)

European council/ The President (25.11.2013): Joint statement by President of the European Council Herman Van Rompuy and President of the European Commission José Manuel Barroso on Ukraine http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/139720.pdf (abgerufen am 8.3.2016)

European council/ The President (26 November 2013): Third Eastern Partnership summit Vilnius, 28-29 November 2013. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/139726.pdf (abgerufen am 8.3.2016)

European Union (2014): EU-Ukraine Association Agreement – the complete texts. http://eeas.europa.eu/ukraine/assoagreement/assoagreement-2013_en.htm (abgerufen am 10.8.2014)

Fischer, Joschka (2014a): Kiews Lage beeinflusst Europas Sicherheit. In: Süddeutsche Zeitung (8.01.2014), S. 2.

Fischer, Joschka (2014b): Die Gespenster kommen wieder. In: Süddeutsche Zeitung (18.8.2014), S. 2.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (3.5.2014): „Rasmussen: Nato muss sich rüsten“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/rasmussen-nato-muss-sich-ruesten-12921397.html?printPagedArticle=true> (abgerufen am 8.3.2016)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.8.2014a): „Innenministerium in Kiew will mit Radikalen kooperieren“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-innenministerium-in-kiew-will-mit-radikalen-kooperieren-13104401.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.8.2014b): „Kämpfer außer Kontrolle?“ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-konflikt-kaempfer-ausser-kontrolle-13103243.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.8.2014c): „Russland erwägt Importverbot für Autos“. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/russland-erwaegt-importverbot-fuer-autos-13103803.html?printPagedArticle=true> (abgerufen am 8.3.2016)

Frei, Daniel (1985): Feindbilder und Abrüstung: Die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA. Eine Studie des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR), München.

Frei, Daniel (1989): Wie Feindbilder entstehen. In: Wagenlehner, Günther (Hg.): Feindbild. Geschichte – Dokumentation – Problematik. Frankfurt: Report Verlag, S. 222-226.

Fukuyama, Francis (1992): The End of History and The Last Man. New York: Free Press.

Gaddis, John Lewis (2007): Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte. München: Siedler.

Galeotti, Mark/ Bowen, Andrew S. (2014): Putin's Empire of the Mind. How Russia's president morphed from realist to ideologue -- and what he'll do next. In: Foreign Policy Online (21.04.2014) http://www.foreignpolicy.com/articles/2014/04/21/putin_s_empire_of_the_mind_russia_geopolitics (abgerufen am 8.3.2016)

Gershman, Carl (2014): Former Soviet states stand up to Russia. Will the U.S.? The Washington Post (26.9.2013). http://www.washingtonpost.com/opinions/former-soviet-states-stand-up-to-russia-will-the-us/2013/09/26/b5ad2be4-246a-11e3-b75d-5b7f66349852_story.html (abgerufen am 8.3.2016)

Hacke, Christian (1997): Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung, in: Pradetto (1997), S. 232-249.

Hadley, Stephen J./ Wilson, Damon (2014): Putin's takeover of Crimea is part of a larger strategy. In: Washington Post Online (03.03.2014). <http://www.washingtonpost.com/>

opinions/putins-takeover-of-crimea-is-part-of-a-larger-strategy/2014/03/03/a9cd5d7a-a2ec-11e3-84d4-e59b1709222c_story.html# (abgerufen am 8.3.2016)

Halbach, Uwe (2014): Die Wahrnehmung der Krim-Krise in Russlands »nahem Ausland«. SWP-Aktuell 16, März 2014. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A16_hlb.pdf (abgerufen am 8.3.2016)

Handelsblatt (26.2.2010): „Janukowitsch kündigt West-Kurs an.“ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-janukowitsch-kuendigt-west-kurs-an/3378564.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Handelsblatt (28.3.2014): „Krimkrise schweißt Europa und USA zusammen.“ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantische-zusammenarbeit-krimkrise-schweisst-europa-und-usa-zusammen/9673154.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Heinmann-Grüder, Andreas (2014): Revolution und Revanche: die Ukraine am Abgrund. In: Friedensgutachten 2014. Berlin: LIT.

Hopf, Ted (2007): Russia's Identity Relations with Europe, the EU, and the United States: 1991-2007. <http://www.norface.org/files/s1-hopf.pdf> (abgerufen am 10.8.2014)

Jervis, Robert (1978): Perceptions and Misperceptions in International Politics. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Karaganov, S.A. u.a. (1995), Rußland und die NATO: Thesen des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, in: Pradetto (1997), S. 161-177.

Kissinger: Eine Dämonisierung Putins ist keine Politik. Vier Vorschläge für eine ausbalancierte Unzufriedenheit. Internationale Politik und Gesellschaft (IGP) 12.3.2014. <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/henry-a-kissinger-e...ine-politik-298/?cHash=249672c7319175de8155b0f717fe18eb&type=98> (abgerufen am 31.7.2014)

Klein, Margarete (2010): Russlands neue Militärdoktrin 2020. SWP aktuell 21, März 2010.

Kleinsteuber, Hans J. (1992): Stereotype, Images und Vorurteile. Bilder und Feindbilder in den Köpfen der Menschen. In: Wissenschaft und Fortschritt 42 (1992) 2, S. 50-53.

Knapp, Manfred (2004): Die Haltung Deutschlands zur weiten Runde der Osterweiterung der NATO. In: Pradetto, August (Hrsg., 2004b):

Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation 2011 (Концепция внешней политики Российской Федерации Утверждена Президентом Российской Федерации В.В.Путиным 12 февраля 2013 г.) <http://www.mid.ru/bdcmp/ns-osndoc.nsf/e2f289bea62097f9c325787a0034c255/9f13b4ffd6a9a3e344257b81001c64ad!OpenDocument> (abgerufen am 8.3.2016)

Köbler, Reinhart (2001): Asiatische Despotie oder Despotie in der Moderne? Zu den Schwierigkeiten der Linken mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts am Beispiel später Schriften Leo Koflers zum Ende der Sowjetunion. In: Jünke, Christoph (Hg.): Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 259-279.

Lewis, Jeffrey/ Trevisani, Paulo (2014): Brics Agree to Base Development Bank in Shanghai. In: The Wall Street Journal, 16 July 2014.

Lindner, Rainer (2014): Frieden, Stabilität, Wachstum. Zehn Thesen zur Ukraine. In: Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Osteuropa, Heft 5-6/ Mai-Juni 2014, S. 5-7.

Loth, Wilfried (2000): Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise von 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. In: Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Osteuropa, Heft 5-6/ Mai-Juni 2014, S. 61-86.

Macdonald, Douglas J. (1995): Communist Bloc Expansion in the Early Cold War: Challenging Realism, Refuting Revisionism. In: International Security, Vol. 20, No. 3 (Winter 1995/ 1996), S. 152-188.

MacFarlane, S. Neil (2006): The 'R' in BRICs: is Russia an emerging power? In: International Affairs, Vol. 82/ 1, S. 41-57.

Malygina, Katerina (2013): Die Ukraine nach dem EU-Gipfel in Vilnius: Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens, Polizeigewalt und Radikalisierung der Massenproteste. In: Ukraine-Analysen 125, 10.12.2013, S. 2-7. <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen125.pdf> (abgerufen am 8.3.2016)

Mark, Rudolf (2012): Im Schatten des „Great Game“. Deutsche „Weltpolitik“ und russischer Imperialismus in Zentralasien 1871-1914. Paderborn [u. a.]: Ferdinand Schöningh

Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Marx-Engels-Werkausgabe (MEW) Bd. 42. Berlin: Dietz.

Mearsheimer, John (2014): Why The Ukraine Crisis Is The West's Fault. In: Foreign Affairs, September/October 2014. <http://groong.usc.edu/news/msg511555.html> (abgerufen am 26.8.2014)

Menkiszak, Marek (2014): The Putin doctrine: The formation of a conceptual framework for Russian dominance in the post-Soviet area. OSW Commentary No. 131. Centre for Eastern Studies.

Merkel, Angela (2014): Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor der U.S. Chamber of Commerce am 2. Mai 2014. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/05/2014-05-02-merkel-usa-handelskammer.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Mutz, Reinhard (2014): Vorsicht, Funkenflug! Was Putins von Jelzins Russland unterscheidet. http://www.deutschlandradiokultur.de/aussenpolitik-vorsicht-funkenflug.1005.de.html?dram:article_id=279340 (abgerufen am 8.3.2016)

NATO (2010): Strategic Concept For the Defence and Security of The Members of the North Atlantic Treaty Organisation; Adopted by Heads of State and Government in Lisbon; <http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf> (abgerufen am 8.3.2016)

NATO (2014a): NATO Wales Summit Guide. http://www.nato.int/cps/en/natolive/news_112073.htm?utm_medium=email&utm_campaign=NATO+Summit+Guide&utm_content=NATO+Summit+Guide+CID_23d642c614ccf2d1cd230044679c340a&utm_source=Email%20marketing%20software&utm_term=here (abgerufen am 21.8.2014)

NATO (2014b): Gipfelerklärung von Wales. Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Wales Veröffentlicht am 5. September 2014. <http://www.nato.diplo.de/contentblob/4325924/Daten/4619505/gipfelerklaerungwales.pdf> (abgerufen am 8.3.2016)

- Neumann, Iver (1996a): Russia as Europe's Other. <https://www.yumpu.com/en/document/view/7278567/russia-as-europes-other-iver-b-neumann-european-> (abgerufen am 8.3.2016)
- Neumann, Iver (1996b): Russia and the Idea of Europe: A Study in Identity and International Relations London: Routledge.
- Neumann, Iver (1998a): Uses Of The Other: "The East" in European Identity Formation. Borderlines Volume 9. University of Minnesota.
- Neumann, Iver (1998b): The geopolitics of delineating „Russia“ and „Europe“. The creation of "the Other" in European and Russian tradition. In: Casier, Tom/ Malfliet, Katlijn (Hg.): Is Russia a European Power? The Position of Russia in a New Europe. Leuven University Press, S. 17-44.
- Neumann, Iver/ Pouliot, Vincent (2011): Untimely Russia: Hysteresis in Russian-Western Relations over the Past Millennium. In: Security Studies 20/1. S. 105-137.
- Neutatz, Dietmar (2013): Träume und Albträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert). München: C.H. Beck.
- Nicklas, Hans (1985): Die politische Funktion von Feindbildern. In: Guha, Anton-Andreas/ Papcke, Sven (Hg.): Der Feind, den wir brauchen oder: muß Krieg sein? Königstein/ Ts.: Athenäum, S. 99 – 109.
- Open Letter to President Clinton (1997): Global Beat. Former Policy-Makers Voice Concern Over NATO Expansion. June 26, 1997. <http://www.bu.edu/globalbeat/nato/postpone062697.html> (abgerufen am 8.3.2016)
- OSCE (2014): Protocol on the results of consultations of the Trilateral Contact Group, signed in Minsk, 5 September 2014. <http://www.osce.org/home/123257> (abgerufen am 8.3.2016)
- Pirinski, Georgi (2014): Eastern Partnership 2.0? The Eastern Partnership needs Reconceiving. http://www.fes.de/international/moe/pdf/Eastern_Partnership_2.0.pdf (abgerufen am 8.3.2016)
- Pörzgen, Gemma (2014): Moskau fest im Blick. Die deutschen Medien und die Ukraine. In: Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Osteuropa, Heft 5-6/ Mai-Juni 2014, S. 295-310.
- Potekhin, Dmytro (2013): Warum nicht in der Ukraine? In: Ukraine-Analysen 125, 10.12.2013, S. 8-9. <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen125.pdf> (abgerufen am 8.3.2016)
- Pradetto, August (Hrsg., 1997): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen: Budrich.
- Pradetto, August (2004a): Zwischen postbipolarem Institutionalismus und offensivem Realismus: Von der ersten zur zweiten Runde der NATO-Osterweiterung. In: Pradetto, August (Hrsg., 2004b): S.7-26.
- Pradetto, August (Hrsg., 2004b): Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung: zwischen postbipolarem Institutionalismus und offensivem Realismus. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Pradetto, August (2014a): Die Ukraine-Krise: Geopolitik und Identität im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen. DIE FRIEDENS-WARTE, Heft 89, 1–2, S. 31-58.

Pradetto, August (2014b): Die Krim, die bösen Russen and der empörte Westen. Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/2014, S. 73-78.

Putin, Vladimir (2014): Rede des russländischen Präsidenten Vladimir Putin am 18. März 2014 im Kreml vor den Abgeordneten der Staatsduma, den Mitgliedern des Föderationsrates, den Leitern der Regionalverwaltungen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Dokumentation. Übersetzung aus dem Russischen. In: Zerreiβprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Osteuropa, Heft 5-6/ Mai-Juni 2014, S. 87-99.

Reiman, Michal (1987): Lenin, Stalin, Gorbačev : Kontinuität u. Brüche in der sowjetischen Geschichte, Hamburg: Junius.

Reuters Deutschland (13.08.2014): „Bereits mehr als 2000 Tote im Ukraine-Konflikt.“ <http://de.reuters.com/article/topNews/idDEKBN0GD18R20140813> (abgerufen am 8.3.2016)

Richter, Wolfgang (2014): Die Ukraine-Krise. Die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation. SWP-Aktuell 23/ April 2014. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A23_rrw.pdf (abgerufen am 8.3.2016)

Ruiz González, Francisco J. (2013): The foreign Policy Concept of the Russian Federation: A comparative Study. Instituto Español de Estudios Estratégicos. http://www.ieee.es/en/Galerias/fichero/docs_marco/2013/DIEEEM06-2013_Rusia_ConceptoPoliticaExterior_FRuizGlez_ENGLISH.pdf (abgerufen am 8.3.2016)

Russische Militär-/ Sicherheitsdoktrin 2010 (Военная доктрина Российской Федерации 5 февраля 2010 года) http://news.kremlin.ru/ref_notes/461 (abgerufen am 8.3.2016) (deutsche Version: Übersetzung des Bundesprachenamts v. 18.2.2010)

Said, Edward (2010): Orientalismus. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Salzburger Nachrichten (2014): „Die Ukraine braucht großen Deal“. Interview mit Heinz Gärtner. 7.5.2014, S. 5.

Schattenblick: NAHOST/1421: USA und Ruβland in Syrien auf Kollisionskurs (SB), 26. Oktober 2015.

Schmidt, Hans-Joachim/ Müller, Harald (2010): Zwischen nationaler Selbstbehauptung und Kooperationssignalen: Zur Einschätzung der neuen russischen Militärdoktrin. HSFK-Report 1/2010.

Schmucker, Claudia/ Mildner, Stormy-Annika (2012): Die BRICS-Staaten. In: Internationale Politik 3, Mai/Juni 2012, S. 66-71.

Schröder, Hans-Jürgen (1976): Zur Genesis des Kalten Krieges. In: Neue Politische Literatur, 1976/ 21, S.488-506.

Simon, Gerhard (2014): Zusammenbruch und Neubeginn. Die ukrainische Revolution und ihre Feinde. In: Zerreiβprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Osteuropa, Heft 5-6/ Mai-Juni 2014, S. 9-40.

Simons, Greg (2013): Nation Branding and Russian Foreign Policy. In: UI Occasional papers 21, October 2013. <http://www.ui.se/eng/upl/files/97515.pdf> (abgerufen 8.3.2016)

Spiegel-Online (24.10.2013): „Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/handy-spaehaffaere-um-merkel-regierung-ueberprueft-alle-nsa-erklarungen-a-929843.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Spiegel-Online (11.5.2014): „Einsatz gegen Separatisten: Ukrainische Armee bekommt offenbar Unterstützung von US-Söldnern“. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-400-us-soeldner-von-academi-kaempfen-gegen-separatisten-a-968745.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Spiegel-Online (16.05.2014): „Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor.“ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-helmut-schmidt-wirft-eu-groessenwahn-vor-a-969773.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Spiegel-Online (5.8.2014): „Gefechte im Osten: 730.000 Ukrainer fliehen nach Russland.“ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kaempfe-im-osten-730-000-ukrainer-fliehen-nach-russland-a-984567.html> (abgerufen am 8.3.2016)

Staack, Michael (2013): Multipolarität und Multilateralismus als Strukturen der neuen Weltordnung. In: Staack, Michael (Hg.): *Asiens Aufstieg in der Weltpolitik*. Opladen: Budrich. S. 9-49.

Stein, Janice Gross (2002): Psychological Explanations of International Conflict. In: Carlsnaes, Walter/ Risse, Thomas/ Simmons, Beth A. (ed.): *Handbook of International Relations*. S. 292-309.

Stent, Angela (2007): Reluctant Europeans: Three Centuries of Russian Ambivalence Toward the West. In: Legvold, Robert (Hg.): *Russian Foreign Policy in the Twenty-first Century and the Shadow of the Past*. Columbia University. S. 393-442.

Styckow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. Gleichzeitige Demokratisierung Staatsbildung als Überforderung. In: *ZerreiBprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg*. Osteuropa, Heft 5-6/ Mai-Juni 2014, S. 41-60.

Süddeutsche Zeitung (30.7.2014): „Nato-Basis in Sibirien“, S. 10.

Süddeutsche Zeitung (6.8.2014a): „Mein Nachbar, der Homo Sovieticus“, S. 9.

Süddeutsche Zeitung (6.8.2014b): „Warum dreschen die nur so auf uns ein?“, S. 9.

Süddeutsche Zeitung (12.9.2014a): „Die EU will Putin entgegenkommen“, S. 1.

Süddeutsche Zeitung (12.9.2014b): „Vertrag mit Löchern“, S. 8.

Süddeutsche Zeitung, (27./28.9.2014): „EU will russische Gaslieferungen für den Winter sichern“, S. 1.

Uken, Marlies (2013): Für Merkel geht Abhören unter Freunden gar nicht. In: *Zeit Online* (24.10.2013) <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-10/eu-gipfel-datenschutz/komplettansicht> (abgerufen am 8.3.2016)

Ulam, Adam Bruno (1973): *The Rivals. America and Russia since World War II*. 3rd edition. New York: Viking Press.

Umbach, Frank (2004): Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung aus der Sicht Russlands. In: Pradetto, August: *Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung: zwischen postbipolarem Institutionalismus und offensivem Realismus*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

Weller, Christoph (1993): Feindbilder und Einstellungen – Die kognitive Erklärung, ihre Mängel und sozialpsychologische Abhilfe. In: Wolf, Klaus Dieter: *Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung*. AFK-Reihe Bd. 20, S. 249-291.

Wipperfurth, Christian (2009): Die europäisch-russischen Energiebeziehungen. In: *Einsichten und Perspektiven*, Nr. 4/2009, S. 59-79.

Wipperfürth, Christian (2010): Westausrichtung der russischen Außenpolitik? In: Staack, Michael (Hrsg.): Gesamteuropäische Friedensordnung 1989-2009, Bremen.

Wittfogel, Karl August (1962): Die orientalische Despotie. Vergleichende Studien totaler Macht. Köln: Kiepenheuer & Witsch.